

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis: 3.00 monatlich 1.10 1/2
Wochenlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die hochgehaltene Kolonnen-
zeile oder deren Raum 50 Pf. für
politische und gesellschaftliche Berichte...

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 31. Dezember 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Oesterreichische Flottenaktion an der albanischen Küste.

Vorbereitungen.

Die Aussprache über die zu erwartenden Steuern,
zu der es im Reichstage bei der zweiten Lesung des Vor-
bereitungsgesetzes zur Kriegsgewinnsteuer gekommen ist, hat
uns gezeigt, wie wichtig bereits für die Gegenwart ein mög-
lichst weiter und klarer Ueberblick über die Ver-
hältnisse nach dem Abschlusse des Krieges
ist. Die Gegenwart zwingt uns zu Eingriffen in das wirt-
schaftliche Leben, die in erster Linie freilich durch
den augenblicklichen Kriegszwang geboten sind, aber doch
auch - wenn sie nicht schließlich unübersehbaren
Schaden anrichten sollen - mit der hoffentlich recht nahen
Zukunft rechnen müssen, nämlich damit, wie sich unser Wirt-
schaftsleben am besten wieder dem friedlichen Wettbewer-
be der Völker anpassen kann. Daher beschäftigen sich die Unter-
nehmer und ihre Vertreter sehr eingehend mit diesen Zukunfts-
sorgen. Besonders beachtenswert gerade für die Arbeiter sind
in dieser Beziehung diejenigen Ausführungen über den
„Uebergang von der Kriegswirtschaft in die Friedens-
wirtschaft“, die der Reichstagsabgeordnete Dr. Stresemann
in dem letzten Heft der Monatschrift „Ganja-Bund“ ver-
öffentlicht hat.

Der Verfasser geht in diesem Aufsatz von der Tatsache
aus, daß Deutschland von dem Weltmarkt fast ganz ab-
geschlossen ist. Uns werden daher bei Kriegsende viele wich-
tige Rohstoffe fehlen, die wir aus dem Auslande beziehen
müssen. Würde sich dann sofort der Weltverkehr wie vor dem
Kriege entwickeln, so bedürfte Abg. Dr. Stresemann, daß das
Ausland, das in seinem Rohstoffbezug nicht gelitten hat, als
Wettbewerber in alter Kraft auf den Markt tritt, während wir
infolge des Mangels an Rohstoffen dem Ansturm der Bestellungen
weder für das Inland noch für das Ausland genügen können.
In bezug auf die Bestellungen für das Ausland wird hier-
gegen nichts zu tun sein. Für das Inland jedoch, versichert
Dr. Stresemann, können wir sehr wohl Maßnahmen dagegen
treffen, daß wir bei Lieferungsunfähigkeit des eigenen Marktes
auf lange Zeit mit ausländischen Erzeugnissen überschwemmt
werden, wenn bei Friedensbeginn eine große Steigerung des
Inlandsbedarfs eintritt.

Zu diesem Zwecke haben die beteiligten Unternehmer
gefordert, daß für eine gewisse Uebergangszeit die Einfuhr
der fernzuhaltenden Waren aus dem Auslande durch einen
besonders hohen Einfuhrzoll unmöglich gemacht werde.
Dr. Stresemann erklärt diesen Weg für ungangbar: Die Höhe
der dazu notwendigen Einfuhrzölle wäre schwer zu bestimmen,
ebenso die Auswahl der Waren, auf deren Einfuhr so hohe
Zölle gelegt werden sollen. Unzweifelhaft würden auch unsere
handelspolitischen Beziehungen einen Grad der Unsicherheit
erhalten, der zu Unzuträglichkeiten führen könnte.

Demgegenüber schlägt Dr. Stresemann vor: für die zu
bestimmende Uebergangszeit soll die Einfuhr ausländischer
Waren nach Deutschland auf bestimmte Mengen beschränkt
werden; ausgenommen davon sollen nur Rohstoffe und etwa
einzelne Halbfabrikate sein.

Ob dieser Vorschlag dem Auslande gegenüber durch-
führbar sein wird, brauchen wir jetzt noch nicht zu unter-
suchen. Zunächst kommen diejenigen Wirkungen in Betracht,
die eine solche Maßnahme auf das Inland haben kann. Sie
werden vor allem darin bestehen, daß durch eine zu geringe
Einfuhr ausländischer Waren die Nachfrage nach solchen Waren
im Inlande nicht gedeckt wird, infolgedessen die Preise in die
Höhe getrieben werden, die Teuerung also weiter bestehen
bleibt, vielleicht sogar verschärft wird. Das darf aber
unter keinen Umständen zugelassen werden. Vielmehr muß es eine unserer wichtigsten Aufgaben sein, jede
Maßnahme zu verhindern, die irgend einen unentbehrlichen
Gebrauchsgegenstand für die große Masse des arbeitenden
Volkes verteuert und damit die Lebenshaltung der ärmeren
Kreise erschwert.

Schon aus diesem Grunde kann das von Herrn Abg. Dr.
Stresemann erstrebte Ziel, unmittelbar nach der Beendigung
des Krieges eine angeblich unerträgliche Ueberflutung des
deutschen Marktes mit ausländischen Waren zu verhindern,
nicht so einfach erreicht werden, wie es sich der Herr denkt.
Die Arbeiter werden dabei auch ein Wort mitreden müssen.

Allerdings ist Herr Abg. Dr. Stresemann bei dieser Ge-
legenheit auch auf die Arbeiterverhältnisse eingegangen. Ver-
anlassung dazu gab ihm der Umstand, daß in einer der größten
deutschen Städte schon jetzt Erörterungen darüber stattgefunden
haben, ob man nicht Vorkehrungen treffen sollte, um einer
Arbeitslosigkeit nach dem Kriege zu steuern. Hier
blickt Abg. Dr. Stresemann sehr vertrauensvoll in die Zukunft:
Bei Friedensbeginn werde eine außerordentliche Tätigkeit im
deutschen Wirtschaftsleben einsetzen. Dementsprechend würden
viele Arbeiter verlangt werden. Zur Verfügung würden aber
nur verhältnismäßig wenig Arbeiter stehen. Mithin liege gar
keine Veranlassung vor, heute diese Frage mit irgendeiner

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den
30. Dezember 1915. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

In der Nacht zum 29. Dezember mißglückten eng-
lische Versuche nordwestlich von Lille durch Ueberraschung
in unsere Stellungen einzudringen.

Eine kleine nächtliche Unternehmung unserer Truppen
südöstlich von Albert war erfolgreich und führte zur Ge-
fangennahme von einigen Dutzend Engländern.

Am Hartmannsweilerkopf wurden gestern
die in französischer Hand gebliebenen Grabenstücke zurück-
erobert.

Im übrigen fanden an vielen Stellen der Front bei
günstigen Beobachtungsverhältnissen zeitweise lebhafte Feuer-
kämpfe statt.

Auch die Fliegertätigkeit war beiderseits sehr rege.
Ein feindliches Geschwader griff die Orte Werwicq und
Menin und die dortigen Bahnanlagen an. Militärischer
Schaden ist nicht angerichtet, dagegen sind 7 Einwohner
verletzt und ein Kind getötet.

Ein englisches Flugzeug wurde nordwestlich von Cam-
brai im Luftkampf abgeschossen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Südlich von Schlät sowie an mehreren Stellen der
Heeresgruppe des Generals v. Pflungsen wurden Vorposten
russischer Jagdkommandos abgewiesen.

Bei der Armee des Generals Grafen v. Bothmer
wiesen österröisch-ungarische Truppen den Angriff starker
russischer Kräfte gegen den Brückenkopf von Burkanow an
der Strypa ab. Neben starken blutigen Verlusten büßte
der Feind etwa 900 Gefangene ein.

Balkankriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Der österröisch-ungarische Generalstabsbericht.

Wien, 30. Dezember. (W. Z. B.) Amtlich wird ver-
lautbart: 30. Dezember.

Russischer Kriegsschauplatz.

Die Kämpfe in Dagestjan nahmen an Umfang und an
Heftigkeit zu. Der Feind richtete gestern seine Angriffe nicht
nur gegen die besarabische Front, sondern auch gegen unsere
Stellungen östlich der unteren und mittleren Strypa; sein Vor-
dringen scheiterte meist schon unter dem Feuer starker Batterien,
wo dies nicht geschah, brachen die russischen Sturmkolonnen in
unserer Infanterie- und Maschinengewehrfeuer zusammen. Im
nördlichsten Teil seines gefährlichen Angriffsfeldes vor dem Brück-
kopfe von Burkanow ließ der Gegner 900 Tote und Schwer-
verwundete zurück. Es ergaben sich hier drei jähliche und
870 Mann. Die Gesamtzahl der gestern in Dagestjan ein-
gedrungenen Gefangenen übersteigt 1200. An der Iwa und an
der Kutlowa kam es stellenweise zu Geschützkämpfen; am
Korninbach und am Styr wiesen österröisch-ungarische und
deutsche Truppen mehrere russische Vorhübe ab.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der Tiroler Front wurden feindliche Angriffsversuche auf
Torbale und gegen den Monte Carbonile durch unser Feuer zum
Stehen gebracht. Auf den Hängen, nördlich des Tonale-Passes,
versuchten die Italiener unter Mißbrauch der Genfer Flagge
ihre Drahthindernisse auszubauen, sie wurden beschossen. Auf
der Hochfläche von Dobberdo fanden lebhafte Minenwerferkämpfe
statt, die bis in die Nacht hinein anhielten.

Südsüdlicher Kriegsschauplatz.

Keine besondere Ereignisse.
Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
von Hofer, Feldmarschallleutnant.

Ereignisse zur See.

Am 29. früh hat eine Flottille von fünf Zerstörern und
Kreuzer „Helgoland“ das französische Unterseeboot
„Mouge“ vernichtet, zweiter Offizier und fünfzehn Mann
gefangen genommen, darauf im Hafen von Durazzo einen
Dampfer und einen Segler durch Geschütze versenkt und das
Feuer mehrerer Landbatterien zum Schweigen gebracht. Dabei
sind zwei Zerstörer auf Minen, „Dila“ ge-
sunken, „Triglav“ schwer beschädigt. Größter
Teil der Mannschaft gerettet. „Triglav“ wurde ins Schlep-
pen genommen, mußte jedoch nach einigen Stunden
versenkt werden, da mehrere überlegene feindliche Kreuzer
und Zerstörer den Rückzug der ganzen Flottille bedrohten. Unsere
Flottille ist in den Bosphorus zurückgekehrt. Unter den feind-
lichen Schiffen wurden nur englische Kreuzer Typ „Oristol“,
und „Palmouth“ sowie französische Zerstörer Typ „Douchet“
deutlich erkannt. Flottenkommando.

Beforgnis zu betrachten; vielmehr werde gesagt werden
können, daß bei dem Uebergang von der Kriegs-
wirtschaft in die Friedenswirtschaft eher mit einem
Arbeitermangel als mit Arbeitslosigkeit zu rechnen sein werde.
Daß dieser, gerade vom Standpunkt der Arbeiter günstige Zu-
stand uns möglichst lange erhalten bleibt, dazu - so schließt
Herr Abg. Dr. Stresemann seine Ausführungen - sei es auch
notwendig, auf die von ihm vorgeschlagenen handelspolitischen
Uebergangsbestimmungen zurückzukommen.

Hier hören wir genau denselben Vortrag, mit dem noch
stets die Unternehmer es versucht haben, auf ihre Seite sogar
die Arbeiter zu ziehen, wenn es galt, den Unternehmergewinn
durch Schutzzölle zu steigern. Unter dem „Schutz der nationalen
Arbeit“ sollten die Arbeiter nach den Versprechungen der
Unternehmer - glänzende Verdienste haben; in Wahrheit
war ihre Lebenslage nicht gebessert. Nach diesem Muster
vertröstet Abg. Dr. Stresemann die Arbeiter auf eine be-
sonders günstige Lage des Arbeitsmarktes infolge einer Maß-
nahme, die in erster Linie ihnen die Lebenshaltung erschweren
kann.

Uebrigens können sich nach dem Kriege tatsächlich
die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt ganz anders gestalten,
als Herr Abg. Dr. Stresemann jetzt so schön ausmalt. Die
Arbeiter haben vielmehr an die Gefahr zu denken, daß so
mancher Unternehmer die Löhne zu drücken sucht in der Hoff-
nung, daß die aus dem Felde zurückkehrenden Arbeiter nicht
lange nach einer besser bezahlten Arbeit suchen können. Gegen
diese Gefahr ist erforderlich, daß überall Arbeitsnachweise wira-
handen sind, in deren Leitung auch die Arbeiter vertreten
sind, und daß überall eine angemessene Arbeitslosen-
unterstützung durchgeführt wird. Leider sind wir noch nicht
so weit. An „Anregungen“ hat es die Reichsverwaltung nicht
fehlen lassen; aber sie will sich noch immer nicht dazu ver-
stehen, den nötigen Zwang da eintreten zu lassen, wo alle
bisherigen Maßnahmen erfolglos geblieben sind.

Darum muß hierauf die allgemeine Aufmerksamkeit stets
von neuem gelenkt werden. Die Arbeiter müssen verlangen,
daß die zum Schutze gegen Lohnrückläufigkeit erforderlichen Maß-
nahmen nicht länger verzögert werden. Bei allen anderen
Vorbereitungen haben sie auf die Beseitigung der gegen-
wärtigen Teuerung hinzuwirken.

Griechenland bleibt neutral.

Athen, 29. Dezember. Vom Sonderberichterstatter
des W. Z. B. Wie ich erfahre, wird Griechenland
während der bevorstehenden Kämpfe der europäischen Mächte-
gruppen bei Saloniki neutral bleiben.

Die Trümmer der serbischen Armee sind in
Elassan und Stutari angelangt. Ihre Gesamtstärke beträgt
40 000 Mann. Sie bestanden weder Artillerie noch Munition.

Aus der rumänischen Kammer.

Bukarest, 29. Dezember. (W. Z. B.) Kammer. Der libe-
rale Abgeordnete Diamandi bekämpfte die Ansichten Carps,
Deutschland habe die Kultur der Kraft. Alle Kultur sei im Gegen-
satz zu den Ansichten Carps von Frankreich ausgegangen. (Beifall.)
Bei Deutschland, wo die Junker allmächtig seien, müsse man die
Ursache des Krieges suchen, da es nach 1870 seine Macht auch
auf maritimen Gebiete erwidert habe. Nach der Katastrophe
von Sarajewo habe Deutschland von seinem militärischen Ueber-
gewicht Gebrauch machen wollen. Redner bezweifelte die Rich-
tigkeit der Ansicht Carps, daß Rußland die Donaumündungen mit
Galaz nehmen wolle. (Carp hatte auf den Zwischenruf, woher
er wisse, daß Rußland einen Teil der Moldau, die Meerengen und
Donaumündungen haben wolle, erwidert, daß der russische Minister-
präsident es selbst gesagt habe.) Diamandi befragte hierauf ein-
zelne angeblich günstige Gelegenheiten für Rumänien, in den
Krieg einzugreifen, und fand, daß auch Lemberg keine solche
Gelegenheit gewesen sei. Ebenso sei der Eintritt Bulgariens in
den Krieg keine günstige Gelegenheit gewesen. Auf eine Frage,
wobin sich Rumänen werden solle, antwortete der Redner: Keines-
wegs gegen Besarabien, wie Carp es meine. Diamandi gab
schließlich der Hoffnung Ausdruck, daß Rumänien mit dem
Verband gehen werde, denn dort lägen die Lebensinteressen
Rumäniens. Der liberale Abgeordnete Stere erklärte, vielfach
unterbrochen, er fühle sich verpflichtet, an Besarabien zu denken,
dann er sei der einzige Abgeordnete, der dort geboren sei. Für
die rumänische Nation sei ihr Interesse der höchste Zweck, für Ru-
mänien gebe es nur eine Politik. (Beifall und Zwischenrufe.)
Abgeordneter Niculesco rief: Auch ich bin ein Moldauer,
denke aber nicht so wie Stere! (Zwischenrufe und Beifall. Der
Lärm dauerte einige Zeit.) Nach kurzer Unterbrechung der Sitzung
sah Stere seine Rede fort und sagte, für den rumänischen Staat
zeige sich die Lage nach dem Kriege wie folgt: Ein feindliches
Rußland beherrsche die Angliederung Galiziens; Konstantinopel, der
Meerengen und der Donau bis zum Eisernen Tore; Rumänien
bleibe inmitten des russischen Reiches, mit dem Westen nur durch
Ungarn verbunden. Stere wandte sich gegen die, die bezweifelten,
daß Rußland den Besitz der Meerengen anstrebe sowie gegen jene,
die da glaubten, daß es für Rumänien gleichgültig sei, wer dort
herrsche. Wenn Rußland dorthin gelange, so bedeute das für

# Das Kriegsjahr 1915.

Von Richard Gädle.

Die Tage des Jahresendes waren diesmal nicht ganz so von schweren Kämpfen erfüllt wie vor einem Jahre; aber geschwiegen hat der Schlachtenlärm nirgends, überall hat er auch diesmal neue Opfer gefordert. Die verhältnismäßige Ruhe dieser Tage wird bald wieder neuen Stürmen weichen, und aufs neue werden Millionen von Kämpfern mit Erbitterung um den endgültigen Sieg ringen.

Mit einem Trost dürfen wir das Jahr 1915 verlassen: es hat unseren Waffen große Siege gebracht, hat unsere Grenzen weit hin gesichert, unser Land und im wesentlichen das der verbündeten Donaumonarchie vom Feinde befreit und unser Heer nach Ost und Südost weit hineingeführt in feindliches Land. Ein kurzer Ueberblick über die wichtigsten Ereignisse, die den Verlauf dieses zweiten Kriegsjahres begleitet haben, wird uns die Fortschritte in das Gedächtnis zurückrufen, die wir seit 12 Monaten gemacht haben.

Im Winter 1914/15 mußte zunächst eine große organisatorische Arbeit geleistet werden, um den Rahmen unseres Heeres zu erweitern. Die große Zahl derer, die im Frieden nicht gedient hatten, wurden in seine Reihen aufgenommen, die Zahl der Einheiten vermehrt, die Möglichkeit geschaffen, neue festgesetzte Armeen ins Feld zu führen. Auch die dienstpflichtigen Mannschaften, deren körperliche Nützlichkeit für den Waffendienst nicht genügte, fanden in besonderen Truppenteilen hinter der Front Gelegenheit für ebenso notwendige und ebenso verdienstvolle Arbeit. Bataillone und Batterien wuchsen aus dem Schoße des mächtigeren Landes in reicher Fülle hervor. Ähnliches gilt von dem Heere unseres Verbündeten Oesterreich-Ungarn. So wurden beide zusammen stark genug, die Scharen der anscheinend übermächtigen Gegner siegreich zu bestehen, sie aus unseren Grenzen zu jagen, wo sie eingedrungen waren, und ihren Heeren die schwersten Verluste zuzufügen. Der Abgang an toten, verwundenen, kranken und gefangenen Soldaten schwoll in den verflochtenen zwölf Monaten bei unseren Gegnern außerordentlich viel höher an als bei uns. Ihr größerer Menschentum wurde auch dadurch, zum Teil wenigstens, ausgeglichen.

Vom 7. bis zum 15. Februar wurde durch eine überraschend versammelte neue deutsche Armee unter der obersten Leitung Hindenburgs der schmale Grenzraum Ostpreußens befreit, der ihnen gegen Ende des Jahres 1914 allmählich wieder hatte überlassen werden müssen. Die neue 10. russische Armee wurde zwischen Grenze und Njemen eingekreist und in dem Fort St. Augustin nahezu vernichtet. Inzwischen eilten andere deutsche Kräfte unseren Verbündeten im Süden zu Hilfe, befreiten Ungarn von den eingedrungenen Russen und warfen diese fast völlig über den Karpatenbann zurück, während ein neu aufgestelltes österreichisch-ungarisches Heer die Bukowina von ihnen befreite. Dann kehrten freilich heftige Gegenangriffe der allmählich verstärkten Russen ein, die nach der Bewingung Brzemsch durch Hunger (22. März) ihren blutigen Höhepunkt in den furchtbaren Osterfahrungen fanden. Sie haben hier Hunderttausende von Menschen in den Schneewehen, von eisigen Winden umtobten Bergen der Karpaten liegen lassen, ohne die Front der Verbündeten durchstoßen zu können. Die großen Angriffe, die der französische Oberfeldherr Joffre am 16. Februar in der Champagne, am 5. April zwischen Maas und Mosel gegen die deutschen Stellungen begann und durch Wochen mit großer Zähigkeit fortsetzte, brachten ihnen keine sichtbare Entlastung.

Im Gegenteil! Wermals versammelte sich ein deutsches Heer, diesmal unter Mackens, überraschend im Westzipfel Galiziens, brach am 1. Mai los, überschritt den Dunajec und schlug die Russen am folgenden Tage bei Tarnow und Gorlica, es zertrümmerte die 8. und die 8. Armee der Russen, warf alle eilig herangeshollten Verstärkungen über den Haufen und drang nun mit allen in den Karpaten stehenden Heeren der Mittelmächte vereint von Westen und Süden gegen die immer weiter weichenden Russen vor. Am 2. Juni wurde Brzemsch im Sturm zurückerobert, am 22. zog der österreichische Feldherr v. Böhm-Ermolli in die befreite Landeshauptstadt Lemberg ein.

Obwohl inzwischen Italien seinen Verrat an den Mittelmächten vollzogen und Oesterreich am 23. Mai den Krieg erklärt hatte, blieben die Verbündeten stark genug, ihren Siegeszug gegen Rußland fortzusetzen. Am die Mitte Juli begann die bisher größte Operation von 8 deutschen und österreichisch-ungarischen Heeren, die in drei Gruppen gegliedert waren, gegen die in Polen stehende Hauptmacht der Russen, von Süden, Westen und Norden her. Unter schwersten Verlusten gelang es diesen, sich, ostwärts Raum gebend, dem Vernichtungsschlage gerade noch zu entziehen. Am 4. August fielen die Festungen Warschau und Jwangorob, am 17. und 19. August wurde die starke Festung Rowno am Njemen erobert, am 20. Rowo Georgienst erobert, am 26. Bialistok besetzt, und vom 1. bis 8. September wurde auch die Festung Grodno im Straßenkampfe festgenommen. Ihr unaufhaltsamer Siegeszug führte die Deutschen im Norden bis vor die Linie Riga—Dünaburg, über Wilna und Pinsk hinaus nach Osten und im Südosten bis in das polnische Festungsdreieck Zugl—Rowno—Dubno und gegen den Bereich. Nur ein schmaler Streifen von Ostgalizien blieb noch in den Händen der Russen.

Die erneuten Angriffe Joffres bei Bille und Arras, bei La Bassée, Giverny, auf der Loretohöhe, die vom 9. Mai an einsetzten und durch die Engländer des Marschall French unterstützt wurden, konnten ebensowenig Erfolg erringen wie die zweimaligen Stürme der italienischen Armee gegen die heldenmütig verteidigte Isonzofront, die von Ende Juni bis Ende Juli dauerten. Die westlichen und südwestlichen Fronten der Mittelmächte erwiesen sich als unüberwindlich.

Inzwischen hatten die türkischen Bundesgenossen die Darstellungen gegen alle Angriffe zu Wasser und zu Lande erfolgreich verteidigt. Allerdings gelang es den Engländern und Franzosen am 25. Mai an zwei Punkten der Halbinsel festen Fuß zu fassen und am 6. August in der Südlabai weiter nördlich nochmals 5 Divisionen zu landen, aber alle Angriffe gegen die türkischen Höhenstellungen, gegen die die Entente nacheinander gegen 500 000 Mann eingesetzt hatte, blieben vergeblich. Die Engländer allein haben hier bis zur Mitte Dezember 200 000 Mann verloren und mußten sich am 19. Dezember entschließen, den größten Teil ihres Heeres wieder einzuschiffen und nur noch die südliche Felsenecke der Halbinsel bei Sedd ul Bahr besetzt zu halten.

Ende September war die Lage für die Mittelmächte so günstig geworden, daß sie daran gehen konnten, Serbien zu unterwerfen, das den äußeren Anlaß zu diesem furchtbaren Kriege gegeben hatte. Im Vertrauen auf ihre größere Stärke schloß sich Bulgarien ihnen an. Am 6. Oktober begann der Donaubergang zweier deutsch-österreichischer Heere unter dem Oberbefehl des Feldmarschalls Mackens, am 9. fiel Welgrab, am 14. drang ein bulgarisches Heer von Osten vor, während ein anderes durch Mazedonien auf Bristina sich wendete und in einem Zeitraum von kaum zwei Monaten war das serbische Heer zertrümmert, etwa 150 000 Gefangene in den Händen der Verbündeten. Nur zerstreute Reste zettelten sich noch Albanien an die Küste, ohne Schicksal, ohne Schutz, ohne Verpflegung. Frankreich und England, die vergeblich versuchten, Griechenland mit sich fortzureißen, sahen unschlüssig dem Untergang ihres Bundesgenossen zu. Als es zu spät war, versammelten sie langsam, unter Bruch der griechischen Neutralität, ein Heer um Saloniki, das vom 2. bis 14. Dezember von den Bulgaren in Südungharrien zu beiden Seiten des Maritza geschlagen wurde und eiligst über die griechische Grenze zurückwich.

Auch General Joffre konnte durch seinen gewaltigen Durchbruchversuch in der Champagne und im Artois, der am 25. September begann und bis zur Mitte Oktober in einzelnen Vorstößen nachluderte, ebenso wenig Einfluß auf den Gang der Dinge im Südosten gewinnen wie die Italiener durch ihren dritten und vierten Angriff auf die Isonzofront, der vom 7. Oktober an den ganzen Oktober und November erfüllte und trotz großer Ueberlegen-

Rumänien die Vernichtung. Daß Rußland sich Rumänien angeschlossen will, stellte Sere aus dem Buch eines russischen Ministers fest. Der Redner wies auf die russische Perfidie in der Politik gegen die Ukrainer hin, die zuerst gegen Polen verwendet wurden und heute als Nation von den Russen verleugnet würden. Polen sei von Rußland für autonom erklärt worden, wie sei heute diese Autonomie? Wenn man die polnische Revolution als Entschuldigungs für deren Aufhebung anführe, so vergesse man nicht die Ursachen dieser Revolution. Rumäniens Bestand sei unmöglich, wenn die russische Politik, die im Ultrussentum wurzle, blühe. Wenn Rußland siege, sei der rumänische Staat in großer Gefahr. Die Ausführungen Seres wurden vom ganzen Hause mit großer Aufmerksamkeit angehört.

## Der Verbleib der österreichischen Kriegsgefangenen aus Serbien.

Wien, 29. Dezember. (B. Z. B.) Dem Fürsorgekomitee des Roten Kreuzes für Kriegsgefangene ist von verschiedenen zuverlässigen griechischen Stellen telegraphisch gemeldet worden, daß die früher in Serbien festgehaltenen österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen nunmehr in Albanien zwischen Durazzo und Valona nahe der Küste befinden. Wegen einer etwaigen Ueberführung dieser Kriegsgefangenen nach Griechenland schweben noch Verhandlungen.

## Der französische Tagesbericht.

Paris, 29. Dezember. (B. Z. B.) Amtlicher Bericht von Mittwoch nachmittag. Die Nacht war ruhig, abgesehen von dem Abschnitte von Chaulnes, von dem man einen Kampf mit Handgranaten meldet, und von der Champagne, wo wir die Werke des Feindes westlich des Navaringebüts beschossen.

Paris, 30. Dezember. (B. Z. B.) Amtlicher Bericht von Mittwoch abend. In Belgien und im Artois zeigte sich unsere Artillerie an verschiedenen Stellen im Laufe des Tages tätig. Nördlich der Aisne zerstörten wir durch unser Feuer die Deckungen von Maschinengewehren und gestreuten Arbeiter. In der Umgegend von Bille au Bois in den Argonnen brachten wir zwei Minen zur Explosion. Bei der Höhe 235 im Norden von Jille Morle wurde ein feindlicher Posten vernichtet. In Haute Meuse ergab unser Artilleriefeuer auf eine am Walde von Wasmont nordöstlich von St. Niziel aufgestellte feindliche Batterie nach Aufzeichnungen unserer Flieger ein sehr gutes Resultat. In den Vogesen herrschte ziemlich lebhaft Kanonade an verschiedenen Stellen, besonders zwischen Rechy und Thur und sehr heftig in der Gegend des Hartmannswillerkopfes. Trotz heftiger Gegenangriffe des Feindes machte uns das gestern begonnene Vorgehen bis zum Ende des Tages zu Herren einer Reihe deutscher Werke zwischen Meßfelsen und Hirsstein, die sich an die schon vom Feinde verlorenen Gräben anschließen. Die Anzahl Deutscher, die seit gestern in unsere Hände gefallen sind, beläuft sich auf im ganzen Dreihundert. Die Gesamtzahl der unverwundenen Gefangenen seit dem Beginn dieser Kämpfe beträgt jetzt 1668. Die Gefangenen sagen einstimmig aus, daß die deutschen Verluste im Laufe unseres Angriffs vom 21. und der folgenden Tage beträchtlich sind.

Belgischer Bericht: Im Norden und Süden von Dinand ergab unser Feuer auf die feindlichen Maschinengewehrstellungen gute Resultate. Unsere Batterien zerstörten deutsche Schanzwerke beim Schloß Woumen und bei Luyghem.

## Die englische Meldung.

London, 29. Dezember. (B. Z. B.) Amtlicher Bericht von Sir Douglas Haig. Der Feind unternahm am 28. einen erfolglosen Angriff auf eines unserer Fliegerlager. Von vier Flugzeugen erreichten nur zwei unbeschädigt ihr Ziel, richteten aber keinen Schaden an. Eines unserer Flugzeuge wurde heruntergeschossen. Wir unternahmen während der Nacht einen gelungenen Vorstoß bei Armentières, drangen in die feindlichen Schützengräben und bewarfen sie mit Bomben, wobei der Feind zahlreiche Verluste erlitt. Unsere Verluste waren sehr gering. Nach ungefähr zehn Minuten zog sich unsere Abteilung zurück. Unsere Artillerie beschloß heute wieder mit Erfolg an vielen Stellen die Schützengräben und Quartiere des Feindes zwischen Wamet und Mondy. Der Feind ließ bei Giverny zwei kleine Minen springen, wobei weder Truppen noch Schützengräben Schaden erlitten. Heute war es in der Gegend südlich des La Bassée-Kanals ruhig. Bei Ypern beiderseitiges heftiges Bombardement.

## Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 29. Dezember. (B. Z. B.) Kriegsbericht vom 29. Dezember. In Judicarien setzte unsere Artillerie die Beschädigung des Nordost Vor fort und richtete auch ihr Feuer gegen das gleichnamige Dorf, wo Truppenbewegungen und Proviantkolonnen gemeldet waren, die sie zerstörte. Die Tätigkeit unserer kleinen Abteilungen erlaubte uns, in dem Abschnitt der Mündung des Valsarabaches in die Etsch etwas vorzuschieben. Im Sugonatal war die feindliche Artillerie einige Geschosse auf Borgo, Castelnovo und Strigno, ohne irgend einen Schaden anzurichten. Auf den Höhen westlich von Görz und auf dem Karst versuchte der Feind vergeblich, durch Bombenwürfe unsere Befestigungsarbeiten, die mit sehr reger Tätigkeit fortgeführt werden, zu stören. Gezeichnet: Cadorna.

## Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 29. Dezember. (B. Z. B.) Amtlicher Bericht des Hauptquartiers. An der Front dauert die Schlacht bei Kut el Amara mit längeren Pausen fort. Bei der Einnahme von Schall Said erbeuteten wir 450 Kannen Petroleum und Benzin, die den Engländern gehörten. An der Kaukasusfront hat sich außer Patrouillengefechten nichts ereignet.

In der Nacht vom 27. zum 28. und am 28. Dezember brachte unsere Artillerie in Erwiderung des Feuers eines feindlichen Kreuzers und eines Torpedobootes die Geschütze dieser beiden Kriegsschiffe, die ein wirkungsloses Feuer auf die gegen Anafarta und Ari Durum gerichtet hatten, zum Schweigen und zwang sie, sich zu entfernen. Bei Sedd ul Bahr fand in der Nacht vom 27. zum 28. und am 28. Dezember ein heftiger Kampf mit Bomben und Lufttorpedos auf dem rechten und dem linken Flügel statt. Im Zentrum Artilleriekampf. Nachmittags beschossen zwei Kreuzer eine kurze Zeit den rechten Flügel, stellten aber infolge der Gegenwirkung unserer Artillerie ihr Feuer ein und entfernten sich. Einer der Kreuzer wurde von einem Geschöß getroffen. Vormittags holte unsere Artillerie einen Zweidecker, der zwei Echeit und zum Male überflog, herunter. Er fiel auf der Höhe von Telle Durum ins Meer und wurde auf Imbrod zu abgeschleppt. Unsere anatolischen Küstenbatterien beschossen wirkungsvoll die Landungsstellen von Telle Durum und Sedd ul Bahr und ihre Umgebung. Am 27. Dezember unternahm eines unserer Wasserflugzeuge Erkundungsflüge über Semnos und Mabro und warf erfolgreich Bomben auf die Hafenspeicher von Mudros, wo ein Brand hervorgerufen wurde. Sonst nichts Neues.

Zeit mit schweren Verlusten scheiterte. Das gleiche gilt von der Wiederaufnahme der Offensive durch die russische Heeresgruppe Iwanow in Wolhynien und Ostgalizien gegen Stry und Strypa, die nach einigen Anfangserfolgen Ende Oktober endgültig abgewiesen war. Auch die drohende Verarmung russischer Streitkräfte in Bessarabien hat die Lage auf dem Balkan nicht berührt.

Den militärischen Erfolgen des Vierverbändes der Mittelmächte entsprach ein erheblicher Landgewinn; etwa 420 000 Quadratkilometer belgischen, französischen, russischen und serbischen Landes sind von ihnen besetzt. Die Königreiche Belgien und Serbien haben vorläufig aufgehört zu bestehen; die englische Einkreisung ist gesprengt.

Gewiß hat sich also die Lage seit Jahresfrist wesentlich zu unseren Gunsten geändert, und wir stehen gegenwärtig als die Stärkeren da. Nur müssen wir uns bewußt bleiben, daß ein entscheidender Schlag noch nirgends gesehen ist. Auf die Entgegnungen sind unsere Gegner nicht; soweit wir sehen können, rüsten sie sich vielmehr mit aller Kraft, den Krieg fortzusetzen.

## Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 30. Dezember. (B. Z. B.) Amtlicher russischer Bericht vom 29. Dezember. Westfront: Auf dem linken Ufer der Ka hatte eine Abteilung Letten einen Zusammenstoß mit einer feindlichen Abteilung. Die Letten stürzten sich auf die Deutschen, es kam zum Raubkampf; die Deutschen stoben und ließen Tote und Verwundete auf dem Platz zurück. Auf der übrigen Front bis zum Pripye stellenweise Artillerie- und Gewehrfeuer. Auf der Front südlich des Pripye und in Galizien dauert der Kampf an. — Kaukasusfront: Keine Veränderung.

## Ein schwedisches Mißverständnis.

Berlin, 30. Dezember. (B. Z. B.) In der schwedischen Presse ist die Behauptung aufgestellt worden, daß am Dienstag, den 28. Dezember, vormittags, unter der schwedischen Küste, nahe Karlskrona und zwar in einem Abstand von nur zwei Seemeilen vom Lande, also innerhalb schwedischer Hoheitsgewässer, ein schwedischer Dampfer von zwei deutschen Torpedobooten angehalten worden sei. Das zur Festung Karlskrona gehörige Fort auf der Insel Gåstholm habe durch blinde Schüsse die Torpedobooten an der Aufbringung des Dampfers und der damit verbundenen Neutralitätsverletzung verhindert und die Torpedobooten zum Rückzug veranlaßt. Die Zeitungen melden übereinstimmend, es habe während der ganzen Zeit nebliges Wetter unter der Küste geherrscht.

Anmerkung des B. Z. B. Wie wir hierzu an zuständiger Stelle erfahren, sind obige Behauptungen unzutreffend. In der Zeit von Montag, den 27. Dezember abends, bis Dienstag, den 28. Dezember nachmittags, ist überhaupt kein deutsches Kriegesfahrzeug unter der schwedischen Küste bei Karlskrona gewesen.

## „Friedensgedanken“ und „private Gedankengänge“.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: „In der ausländischen Presse macht sich die Neigung bemerkbar, den gestern mitgeteilten Artikel der „Neuen Zürcher Zeitung“ „Friedensgedanken“ zu Betrachtungen über Kriegs- und Friedensziele zu benutzen. Um jeder Irreführung der deutschen öffentlichen Meinung vorzubeugen, weisen wir erneut darauf hin, daß der Artikel lediglich private Gedankengänge enthält und daher nicht als Ausgangspunkt für eine ernste Diskussion über die Ansichten leitender Kreise dienen kann.“

Unter solchen Umständen wäre es doch wirklich am Platze, wenn die „leitenden Kreise“ selbst einmal einen Ausgangspunkt für eine „ernste Diskussion“ böten!

## Wehrpflicht und Arbeiterschaft.

Wenn wir den Blättern glauben dürfen, deren Auslassungen das Neutliche Telegraphen-Bureau weitergibt, so hat der Beschluß des englischen Kabinetts, dem Parlament die Einführung der Wehrpflicht vorzuschlagen, im allgemeinen zwar keine begeisterte aber doch eine immerhin günstige Aufnahme gefunden. Man fügt sich der Notwendigkeit, die sich aus dem Zusammenstoß mit den großen Militärmächten des Kontinents ergibt, und wartet zunächst die Einzelheiten der Vorlage ab. Es frage sich jetzt, sagt das liberale „Daily Chronicle“, welche Form der Dienstpflicht eingeführt werden solle. Es könne natürlich von allgemeiner Dienstpflicht wie auf dem Kontinent keine Rede sein; wahrscheinlich werde man die Unverheirateten zwischen 19 und 40 Jahren auffordern, sich zu melden. Diese Männer würden, so fährt das Blatt etwas mysteriös fort, daselbe Recht haben, wie die freiwillig Angeworbenen, ihre Enthebung vom Militärdienst zu verlangen.

Im Kabinett selbst scheint die Opposition gegen die Reform des Wehrsystems in der Tat zuletzt sehr klein gewesen zu sein. Als Gegner werden der Finanzminister McKenna, der Handelsminister Runciman und der erste Lord der Admiralität Valfour genannt. Zweifelhaft ist die Haltung Hendersons. Von Valfour wird behauptet, daß er sich inzwischen der Wehrpflicht gefügt habe, über die Absichten der anderen besteht noch keine Gewißheit. Hier und dort rechnet man mit ihrem Rücktritt, es wird ihnen aber nahegelegt, um der Einigkeit der Regierung willen auf ihren Widerstand zu verzichten.

Als Kern der Opposition gilt die Arbeiterschaft im Lande. Für den 31. Dezember ist eine Versammlung der Arbeiterführer einberufen, um die Rekrutierungsfrage zu besprechen. Von verschiedenen Seiten wird auf die Einberufung eines allgemeinen Gewerkschaftskongresses gedrungen, zumal da die Werbekommission der Arbeiter die Dienstpflicht für sinnlos erklärt, weil 60 Proz. der nicht angeworbenen Männer untauglich und 20 Proz. in den für Kriegszwecke arbeitenden Betrieben unabhkömmlich seien. Die Arbeitervertreter werden aber, wie es in einem Telegramm heißt, nicht unternehmen, bis Henderson über die Lage Bericht erstattet hat.

Auf Hendersons Bericht und seine Stellungnahme darf man jetzt am meisten gespannt sein. Bekanntlich hat der Kongreß der Gewerkschaften, der Anfang September in Bristol tagte, den Wehrzwang einstimmig und mit Energie abgelehnt. Bekanntlich ist aus den Kreisen der organisierten Arbeiter die ganze Zeit hindurch der lebhafteste Einspruch gegen die Verfestigung des Freiwilligen-systems erhoben worden. Was wird nun jetzt der Vertreter der Arbeiterpartei im Kabinett tun? Wird er gehen, oder wird sich an ihm auch das Geschick der Arbeitervertreter vollziehen, die als Teilnehmer bürgerlicher Regierungen bisher noch stets vorher vertretene Grundzüge aufgegeben und bürgerliche Politik bis in ihre letzten Konsequenzen getrieben haben?

Die ganze Angelegenheit kompliziert sich für die Arbeiter noch dadurch, daß die Einführung der Wehrpflicht notwendiger-

welche den Verzicht der Gewerkschaften auf die von ihnen aufgestellten und bis dahin anerkannten Arbeitsbedingungen in den Fabriken zur Folge haben muß. Wird die Masse der gelernten Arbeiter, soweit sie dienstfähig sind, der Industrie entzogen, so bleibt schließlich nichts übrig, als die Schranken zu beseitigen, die heute der Verwendung von Frauen und ungelernen Arbeitern gezogen sind.

Man sieht, es steht für die englischen Gewerkschaften mancherlei auf dem Spiel.

London, 20. Dezember. (W. L. B.) Der parlamentarische Korrespondent der „Mail“ meldet noch über die gestrige Kabinettsberatung: „Es lautet, sei der Beschluß des Kabinetts nicht einstimmig gefaßt worden. Einige Minister würden wahrscheinlich zurücktreten, sie würden das aber vermutlich nicht sofort tun, sondern erst, nachdem sie nochmals mit sich abgeklärt seien, und es sei auch möglich, daß sie sich der Majorität fügten. In diesem Falle würde es überhaupt zu keiner Demission kommen. Es sei unwahrscheinlich, daß McKenna oder Balfour aus der Regierung auscheiden, und wenn überhaupt Demissionen stattfänden, würden sie nicht von Bedeutung sein.“

Der parlamentarische Korrespondent des „Daily Chronicle“ schreibt: Man glaubt, daß Aquith nächsten Mittwoch im Unterhause namens der Regierung eine Erklärung über seine Politik abgeben wird. Der Korrespondent nennt die Unterscheidung zwischen Verheirateten und Unverheirateten unvernünftig und ist der Ansicht, daß das Kabinett durch das Verbot des Aquiths nicht gebunden sei. Nur gemeinsame Schritte legten auch gemeinsame Verantwortung auf.

### Aus der Rigaer Arbeiterbewegung.

In dem in Samara erscheinenden Arbeiterblatte „Raisk Golos“ finden wir eine interessante Korrespondenz aus Riga, von wo bekanntlich ein großer Teil der industriellen Betriebe und die Mehrzahl der Arbeiter nach verschiedenen innerrussischen Städten geschafft worden sind. Der Bericht lautet:

„Von den Städten, die stets an der Spitze der Arbeiterbewegung marschierten, nahm Riga eine der ersten Stellen ein. Hier standen kulturelle und Bildungsvereine, Gewerkschaften und Krankenkassen in voller Blüte. Und ihre Schöpfer, die Arbeiter, hegten und pflegten zärtlich und liebevoll ihr Werk. Die Antworten, die sie auf die stets neu auftauchenden Probleme der Arbeiterbewegung erteilten, waren einer Arbeiterkraft würdig, die stets auf dem Boden ihres Klassenstandpunktes verharren. Rigos Arbeiterklasse trug stolz die Fahne der proletarischen Erkenntnis, und die Arbeiterklasse des ganzen Reiches schenkte ihr stets besondere Beachtung.“

Riga ist es anders geworden. Der zerstörende Orkan der grausamen Wirklichkeit ist auch über Riga hinweggedraht und hat das lange und mühselig errichtete proletarische Gebäude zerstört. Er hat die Schöpfer des gemeinsamen Werkes über das ganze große Reich zerstreut und von dem schönen Gebäude nur Trümmer zurückgelassen. Die zurückgebliebenen Genossen können aber die Vergangenheit nicht vergessen und wollen sich mit der neuen Lage keineswegs anbeugen.

„Teufel noch mal — sagen sie — wir werden noch kämpfen!“ Und sie stehen noch heute im Kampfe ihren Mann, obwohl ihre Zahl sehr zusammengeschmolzen ist.

Als die Frage der Vereinfachung der Arbeiter an den Kriegsindustrieauschüssen auftauchte, verlegte er auch die Rigaer Genossen in Erregung. Anfangs waren die Meinungen geteilt, dann aber gewannen die Genossen die Oberhand, die die Vereinfachung der Arbeiter an den Kriegsindustrieauschüssen als unzulässig erklärten. Eine diesbezügliche Resolution sollte einem der Arbeiterabgeordneten in der Duma zugestellt werden, die Absicht konnte aber nicht durchgeführt werden.

Es ist bezeichnend für die konsequente Haltung der Rigaer Arbeiter, daß sie selbst unmittelbar hinter der Feuerlinie jede Mitarbeit an der „nationalen Verteidigung“ ablehnen und ungeachtet der über das gesamte Wirtschaftskreislauf der Rigaer bereingebrochenen Katastrophe an dem Wiederaufbau des „proletarischen Gebäudes“ arbeiten, das sie in glücklicheren Zeiten, in aufopfernder, jahrzehntelanger Arbeit errichtet hatten.

### Kriegsgeschäfte Japans.

Tokio, 20. Dezember. (W. L. B.) Der Korrespondent der „Times“ meldet, daß die Regierung beim Wiederaustritt des Parlaments angegriffen werden wird, weil sie den Vertrag der Verbündeten, keine Sonderfrieden zu schließen, unterzeichnete, ohne vorher den Staatsrat befragt zu haben.

Der Export im Jahre 1915 überstieg den Import um fast 20 Millionen Pfund Sterling, die Regierung verkaufte außerdem um fast 10 Millionen Pfund Sterling Waffen und Munition.

## Die österreichische Antwort an Amerika.

Wien, 20. Dezember. (W. L. B.) Der I. u. I. Minister des Aeußeren hat an den Votschafter der Vereinigten Staaten von Amerika Frederick Courland Penfield unter dem 20. Dezember 1915 Nr. 5040 nachstehende Note gerichtet:

„In Beantwortung der sehr geschätzten Note Nr. 4907 vom 21. Dezember hatte der Unterzeichnete die Ehre, Seiner Exzellenz dem Herrn Votschafter der Vereinigten Staaten von Amerika, Frederick Courland Penfield, nachstehendes ganz ergeben zu eröffnen:

Die I. u. I. Regierung stimmt mit dem Washingtoner Kabinett durchaus darin überein, daß den geheiligten Geboten der Menschlichkeit auch im Kriege Rechnung getragen werden muß. Wie sie schon bisher niemals und niemandem Anlaß gegeben hat, an ihrer Achtung vor diesen Geboten zu zweifeln, hat sie auch im ganzen Laufe dieses Krieges, der so erschütternde Bilder stilletlicher Begriffsverwirrung darbietet, den Feinden sowohl als den Neutrals zahlreiche Beweise menschenfreundlicher Gesinnung gegeben, und es lag nicht an ihr, wenn sie mit dem Washingtoner Kabinett vor nicht langer Zeit gerade in einer Frage nicht einig wurde, die sie im Einklange mit der ganzen öffentlichen Meinung in Oesterreich-Ungarn hauptsächlich als eine Frage der Menschlichkeit betrachtete. Auch dem in der sehr geschätzten Note zum Ausdruck gelangten Grundsatze, daß feindliche Privatfahrzeuge, soweit sie nicht fliehen oder Widerstand leisten, nicht vernichtet werden dürfen, ohne daß die an Bord befindlichen Personen in Sicherheit gebracht wurden, kann die I. u. I. Regierung im wesentlichen beipflichten.“

Für die Versicherung, daß die Bundesregierung Wert darauf legt, die guten Beziehungen, die glücklicherweise zwischen Oesterreich-Ungarn und den Vereinigten Staaten von Amerika bestehen, aufrechterhalten zu sehen, ist die I. u. I. Regierung sehr empfänglich. Sie erwidert diese Versicherung auf das Wärmste und ist nach wie vor bestrebt, diese Beziehungen, soweit es an ihr liegt, noch herzlicher zu gestalten. Von dem gleichen Geiste der Offenheit geleitet wie die Regierung der Union, ist die I. u. I. Regierung, wiewohl sie in der mehrerwähnten Note nicht die Antwort auf alle von ihr aufgeworfenen berechtigten Fragen findet, bereit, der Bundesregierung das Resultat der Untersuchung mitzuteilen, welche auf Grund der bestehenden internen Vorschriften sofort nach Einlangen des Protokolls über die Versenkung der „Ancona“ eingeleitet worden war und in der allerjüngsten Zeit zum Abschluß gediehen ist. Das Ergebnis der Untersuchung läßt sich in folgendem zusammenfassen:

Am 7. November 1915, 11 Uhr 40 vormittags, bemerkte der Kommandant des Unterseebootes auf 38° 40' Nord und 10° 38' Ost bei unsichrigem Wetter, wie plötzlich in Entfernung von rund 3000

Metern aus dem Nebel einen Strich Steuerbord die Latriffe eines großen italienischen Dampfers auftauchten. Er hielt ihn anfangs für einen Transportdampfer, drehte ab und schob dann aus dem dichteren Beschüß einen weitläufigen Warnungsschuh. Gleichzeitig setzte er das Signal: „Verlassen Sie das Schiff!“ Der Dampfer stoppte nicht, sondern wendete vielmehr ab und versuchte zu entkommen. Der Kommandant blieb zunächst einige Minuten gestoppt liegen, um die Entfernung zu vergrößern, da er befürchtete, daß der Dampfer ein Hedgegeschüß habe und mit demselben gegen das Unterseeboot feuern würde. Als die Distanz 4500 Meter betrug, ließ er mit ganzer Kraft die Verfolgung aufnehmen und feuerte mit dem vorderen Beschüß bei abnehmender Entfernung 18 Granaten, unter denen er drei Treffer beobachtete. Während der Verfolgung lief der Dampfer im Zigzag und stoppte erst nach dem dritten Treffer. Darauf stellte der Kommandant das Feuer ein.

Schon während der Flucht hatte der Dampfer in voller Fahrt einige Boote mit Menschen von oben fallen gelassen, die gleichzeitig kenterten. Nach dem Stoppen begann er, Boote auszuweichen. In einer Entfernung von 2000 Meter sah der Kommandant, daß sechs Boote voll besetzt wurden und schnell vom Dampfer fortzuberten. Ein weiteres Boot war gekentert und schwamm fliebeln. Die Leute hielten sich an herunterhängenden Tauen und dem gekenterten Boot fest. Während der weiteren Annäherung des Unterseebootes sah der Kommandant, daß an Bord große Panik herrschte und daß er es mit einem Passagierdampfer, nämlich der „Ancona“, aus Genua zu tun hatte. Er ließ deshalb den Zufallen des Dampfers mehr als die erforderliche Zeit, um das Schiff auf den Rettungsbooten zu verlassen. An Bord waren noch mindestens zehn Rettungsboote, die zur Rettung der noch an Bord befindlichen Personen mehr als genügt hätten. Eines von diesen Booten hing voll besetzt und halb ausgebreitet an den Bootskrahnen. Da aber im übrigen keine weiteren Anstalten getroffen wurden, die Boote auszuweichen, beschloß der Kommandant nach Ablauf von 45 Minuten, das Schiff darauf zu torpedieren, daß es noch längere Zeit über Wasser bleiben mußte, damit einerseits die Ausbootung beschleunigt würde und andererseits hinreichende Gelegenheiten bliebe, um die noch an Bord befindlichen Menschen zu retten. Kurz darauf wurde ein Dampfer sichtbar, der mit großer Lautstärke auf die „Ancona“ zuhielt und anscheinend durch Funkruf der „Ancona“ herbeigerufen worden war. Da der Unterseebootkommandant mit einem Angriff des Dampfers, den er für einen feindlichen Kreuzer hielt, rechnen mußte, tauchte er, nachdem er um 12 Uhr 35 Minuten nachmittags auf 800 Meter Entfernung einen Torpedoschuh in den vorderen Vordraum der „Ancona“ hatte abfeuern lassen. Dieser nahm nach dem Schuß eine Krümmung von etwa 10 Grad nach Steuerbord. Dabei wurde versucht, das halb ausgebreitete Rettungsboot vollends auszuweichen. Es rief jedoch ab und fiel ins Wasser. Das Boot schwamm fliebeln weiter, und die Leute hielten sich an Bordrand fest. Von den übrigen Booten wurde keines mehr ins Wasser gelassen, obwohl noch Personen an Bord bemerkbar waren. Der Dampfer richtete sich allmählich auf geradem Kiel auf und ging so langsam tiefer, daß der Kommandant des Unterseebootes anfangs bezweifelte, ob der Dampfer versinken würde. Erst um 1 Uhr 20 Minuten kam er nach längerem parallelen Ziesertauschen mit dem Bug zuerst. Während dieser weiteren 45 Minuten hätten alle noch an Bord befindlichen Personen ohne Mühe mit den vorhandenen Booten gerettet werden können. Aus dem Umstand, daß dies wider Erwarten nicht geschah, schloß der Kommandant, daß die Mannschaft wider allen Seemannsbrauch auf den ersten Booten die eigene Rettung bewerkstelligt und die ihrem Schuß anvertrauten Passagiere sich selbst überlassen hatte.

Das Wetter war zur Zeit des Vorfalles gut und die See ruhig, so daß die Rettungsboote ohne Gefahr die nächste Küste hätten erreichen können, wie denn auch tatsächlich Rettungsboote nur bei dem ungeschicklichen Aussehen, nicht aber erst nach dem Streichen im Wasser zu Schaden gekommen sind. Der Verlust von Menschenleben ist keineswegs in erster Linie auf das Sinken des Schiffes zurückzuführen, sondern, und aller Wahrscheinlichkeit nach in viel höherem Maße, auf das Hinunterwerfen der ersten Boote in voller Fahrt, sowie darauf, daß die Besatzung, nur auf sich bedacht, die Passagiere der gekenterten Boote nicht retteten. Wohl auch auf Geschosse, die das fliehende Schiff trafen; aber auch der Tod der Personen, die mit dem Dampfer versanken, ist vor allem dem pflichtwidrigen Verhalten der Mannschaft zuzuschreiben.

Wie aus dem vorangeführten Sachverhalt erhellt, geht die sehr geschätzte Note vom 9. Dezember in mehreren Punkten von unzutreffenden Voraussetzungen aus. Unrichtig ist die der Unionsregierung zugekommene Information, daß auf dem Dampfer (solid shot) ein scharfer Schuß (solid shot) toward the steamship abgegeben wurde; unrichtig, daß das Unterseeboot den Dampfer während der Verfolgung überholt (overhauled) hat; unrichtig, daß zur Ausbootung der Personen nur eine kurze Frist (brief period) gewährt wurde. Vielmehr ist gerade der „Ancona“ ungewöhnlich lange Zeit zur Auslösung der Passagiere gelassen worden. Unrichtig ist endlich, daß auf dem Dampfer, nachdem er gestoppt hatte, noch mehrere Schüsse (number of shells) abgegeben wurden. Der Sachverhalt läßt des weitern erkennen, daß der Kommandant des Unterseebootes dem Dampfer volle 45 Minuten, also mehr als hinreichend, Zeit gelassen hat, um den an Bord befindlichen Personen Gelegenheit zur Ausbootung zu geben. Sodann bewerkstelligte er, als die Leute noch immer nicht geborgen waren, die Torpedierung auf solche Art, daß das Schiff möglichst lange Zeit über Wasser bleiben konnte. Dies in der Absicht, die Auslösung auf den noch vorhandenen Booten zu ermöglichen. Er hätte, da der Dampfer noch weitere 45 Minuten über Wasser blieb, diesen Zweck auch erreicht, wenn die Besatzung der „Ancona“ die Passagiere nicht in pflichtwidriger Weise im Stich gelassen hätte. Bei aller Würdigung dieses auf Rettung der Besatzung und der Passagiere hinzielenden Vorgehens des Kommandanten kam die I. u. I. Marinebehörde aber zu dem Schlusse, daß er unterlassen habe, auf die unter den Passagieren entkommene das Ausbooten erschwerende Panik und auf den Geiſt der Vorschrist, daß I. u. I. Seeoffiziere in Not niemandem, auch dem Feinde nicht, die Hilfe verweigern sollen, hinreichend Bedacht zu nehmen. Söhr wurde der Offizier wegen Ueberschreitung seiner Instruktionen gemäß den hierfür geltenden Normen bestraft.

Die I. u. I. Regierung steht bei dieser Sachlage nicht an, bezüglich der Schadloshaltung der durch die Versenkung der Brise betroffenen amerikanischen Bürger die entsprechenden Folgerungen zu ziehen, sie muß jedoch in dieser Hinsicht folgendes bemerken: Die Untersuchung über die Versenkung der „Ancona“ konnte selbstverständlich keinen Anhaltspunkt dafür liefern, in wie weit amerikanischen Bürgern ein Anspruch auf Ersatz zuzuschreiben ist. Für die Schäden, welche durch die zweifellos gerechtfertigte Beschädigung des fliehenden Schiffes entstanden sind, kann die I. u. I. Regierung wohl auch nach der Ansicht des Washingtoner Kabinetts nicht haftbar gemacht werden. Ebenjowenig dürfte sie für den Schaden einzustehen haben, welche vor der Torpedierung durch fehlerhaftes Ausbooten oder durch Kentern der ausgelegten Boote sich ergeben haben. Die I. u. I. Regierung muß annehmen, daß das Washingtoner Kabinett in der Lage und gewillt ist, ihr die in dieser Hinsicht erforderlichen und gewiß nicht unwesentlichen Informationen zusammen zu liefern. Sollten der Unionsregierung jedoch bei etwaigen Fehlen entsprechender Beweismaterials die näheren Umstände nicht bekannt geworden sein, unter welchen die amerikanischen Angehörigen zu Schaden gekommen sind, so wäre die I. u. I. Regierung in Berücksichtigung des menschlich tief bedauerlichen Vorfalles und von dem Wunsche geleitet, der Bundesregierung neuerlich ihre freundschaftlichen Gesinnungen zu bekunden, gerne bereit, über diese Punkte der Beweisführung hinweg zu gehen und den Ersatz auch auf jene Schäden zu erstrecken, deren unmittelbare Ursache nicht festgelegt werden konnte. Indem die I. u. I. Regierung mit den vorstehenden Ausführungen die Angelegenheit der „Ancona“ wohl als bereinigt ansehen darf, behält sie sich gleichzeitig vor, die schwereren völkerrechtlichen Fragen, die mit dem Unterseebootkrieg zusammenhängen in einem späteren Zeitpunkte zur Erörterung zu bringen. Der Unterzeichnete hatte die Ehre, die Gefälligkeit Seiner Exzellenz des

Herrn Votschafter der Vereinigten Staaten von Amerika mit der ganz ergebenen Bitte in Anspruch zu nehmen, das Vorstehende zur Kenntnis der Bundesregierung bringen zu wollen, und benützt zugleich auch diesen Anlaß, Seiner Exzellenz den Ausdruck seiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Buzian, m. p.

### Kriegsgefangenenpost.

Amtlich. Der französische Kriegsminister Gallieni hat folgenden Befehl erlassen:

„Da die Briefe der gefangenen Franzosen, die in Deutschland interniert sind, trotz Protestes der französischen Regierung einer systematischen Verspätung von zehn Tagen unterzogen werden so habe ich beschlossen, daß künftig dieselbe Maßregel für die Briefe der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich getroffen werden soll. Bis auf weiteres werden die Briefe, die von deutschen Kriegsgefangenen abgeschickt werden, oder die für sie ankommen, derselben Verspätung unterzogen werden. Die Kriegsgefangenen dürfen ihre Familien von dieser Maßregel in Kenntnis setzen.“

Amtlich wird hierzu von deutscher Seite bemerkt: Aus militärischen Gründen erfolgt in Deutschland die Aufhebung der Briefe der Kriegsgefangenen erst 10 Tage, nachdem sie geschrieben sind. Briefe in dringenden geschäftlichen und wichtigen Familienangelegenheiten sind unmittelbar zur Beförderung zugelassen. Für die eingehende Post der Kriegsgefangenen bestehen in Deutschland keinerlei Beschränkungen.

Der französischen Regierung sind diese Grundzüge Deutschlands für die Behandlung der Kriegsgefangenenpost mit dem Hinzufügen bekanntzugeben, daß nunmehr in Deutschland auch die eingehende Post der französischen Kriegsgefangenen erst 10 Tage nach ihrem Eintreffen ausgehändigt wird. Diese Anordnung bleibt so lange bestehen, bis die Beschränkung der eingehenden Post der Kriegsgefangenen in Frankreich aufgehoben wird und die französische Regierung entsprechende Mitteilung hierher gelangen läßt.

(W. L. B.)

## Politische Uebersicht.

### Das unerreichbare Ideal.

Das „Berliner Tageblatt“ nimmt zur Kenntnis, was wir dieser Tage über ein Finanzprogramm gesagt haben, wie wir es durch die gegenwärtigen Umstände für geboten erachten, und knüpft daran die folgende Bemerkung:

Was hier skizziert wird, das ist natürlich nur ein Ideal, das sich in dieser unvollkommenen Welt, und vollends nach einem schweren Kriege, nicht verwirklichen läßt. Aber von einer grundsätzlichen Opposition der Sozialdemokratie gegen eine Steuerreform kann danach nicht die Rede sein.

Wir mühen nicht, inwiefern der schwere Krieg der Bewirklichung unserer Forderungen im Wege stehen sollte, und erwarten über diesen Punkt nähere Aufklärung. Einstweilen sind wir der Meinung, daß gerade die jetzige Zeit nach einer Finanzreform in sozialdemokratischem Sinne schreit, und daß die Bewirklichung unseres Ideals nicht sowohl an der Unvollkommenheit der Welt, sondern höchstens an der Unvollkommenheit der Liberalen aller Schattierungen scheitern kann.

### Sozialpolitische Zukunftspläne.

Der Vorstand der Gesellschaft für soziale Reform hat vor kurzem eine Sitzung abgehalten, in der die Aufgaben der künftigen Sozialpolitik nach Beendigung des Krieges besprochen wurden, über die Baurat Bernhard Bericht erstattete. Man einigte sich über folgende dringende Punkte, die die soziale Gesetzgebung zu lösen hat: 1. Gesetzlicher Ausbau der Arbeitsvermittlung für die heimkehrenden Krieger und Kriegsbeschädigten. 2. Vorberatungen für ein neuzeitliches soziales Arbeits- und Organisationsrecht einschließlich des Tarifvertrages und Einigungswesens. 3. Heimarbeitsgesetzgebung, in besonderem Hinblick auf die Wiedereingliederung. 4. Sozialpolitische Gegenseitigkeitsklauseln in künftigen Friedens- und Handelsverträgen.

### Landtagswahlwahl.

Frankfurt a. M., 20. Dezember. (W. L. B.) In der heutigen Erziehung zum preussischen Abgeordnetenhause im Wahlkreise Wiesbaden 11 (Frankfurt a. M.-Stadt) wurde Rechtsanwalt Dr. jur. Ludwig Heilbrunn-Frankfurt a. M. (fortschrittliche Volkspartei) mit 815 von 818 abgegebenen Stimmen gewählt.

## Letzte Nachrichten.

### Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 20. Dezember. (W. L. B.) Das Hauptquartier teilt mit:

Die Seemächte haben bei dem Gefecht von Matruh hundertdreißig Engländer gefangen genommen.

An der Dardanellenfront warfen am 29. Dezember ein Panzerschiff und ein Torpedoboot einige Granaten auf Anafarta und zogen sich zurück. Unsere Artillerie jagte ein Torpedoboot, das sich bei Ari Burun nähern wollte, in die Flucht. Bei Sedd ul Bahr in der Nacht zum 29. Dezember und am 29. sehr reges Bombenwerfen auf dem rechten und dem linken Flügel. Gegen Mittag beschossen während einiger Zeit zwei feindliche Schiffe unsere Stellungen am Zentrum, nachdem eines ihrer Flugzeuge sie beobachtet hatte. Der Feind brachte sodann drei Minen zur Explosion, darunter eine, die bei uns keinen Schaden anrichtete, sondern nur bei dem Feinde selbst. Die zwei anderen Minen zerstörten ein Grabenstück von 10 Meter Breite, dessen Trümmer in den Händen unserer Feinde blieben. Am 28. Dezember eröffnete das westlich von Hrischehir verankerte französische Panzerschiff „Suffren“ das Feuer auf eine Batterie an der anatolischen Küste der Meerengen. Unsere Batterien erwiderten und trafen durch zwei Granaten den französischen Panzer, der von Flammen und Rauch umhüllt, sich entfernte. Am 29. Dezember, in der Nacht zum 29. Dezember und am 29. Dezember beschossen unsere Batterien in den Meerengen erfolgreich die Umgegend von Sedd ul Bahr, die Ausschiffungsstelle von Tefke Burun sowie die feindlichen Lager und Schuppen. Am 29. Dezember warf ein unserer Wasserflugzeuge Bomben auf das feindliche Lager von Sedd ul Bahr ab, wo sie einen Brand hervorriefen.

Auf den übrigen Fronten keine Veränderung. Die Bählung der bei Ari Burun und Anafarta gemachten Beute ist noch nicht abgeschlossen.

### Befehung einer griechischen Insel durch die Franzosen.

Athen, 20. Dezember. (W. L. B.) Die Franzosen haben die Insel Kaselorio mit 500 Mann besetzt und französische Besatzungen eingesetzt, was hier unangenehm auffällt. Die Franzosen hoffen, von der Insel aus die Sicherheit an der türkischen Küste bedrohen zu können. Der Landung dürfte keine Bedeutung beigemessen werden, solange Saloniki nicht aufgegeben wird, da es dem Viererband für gleichzeitige Unternehmen auf fünf Fronten im Orient an Truppen fehlt. Die griechische Regierung hat gegen die Besetzung protestiert.



Bundesratsverordnung

betreffend

Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung

Der gestern Abend erschienene „Reichsanzeiger“ veröffentlicht folgende Bekanntmachung des Bundesrats über die Anrechnung von Militärdienstzeiten und die Erhaltung von Anwartschaften in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung.

§ 1. Während des gegenwärtigen Krieges in deutschen oder österreichisch-ungarischen Diensten zurückgelegte Militärdienstzeiten (§ 1393 Abs. 1 Nr. 1 und 2 der Reichsversicherungsordnung) werden Versicherungen, deren Anwartschaft aufrechterhalten ist oder gemäß dieser Verordnung aufrechterhalten wird, welche aber die Voraussetzungen des § 1393 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung nicht erfüllt haben, als Zeiten freiwilliger Versicherung angerechnet, ohne daß Beiträge entrichtet zu werden brauchen.

§ 2. Soweit während des gegenwärtigen Krieges die Beitragsleistung zur Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung infolge von Maßnahmen feindlicher Staaten gehindert ist, dürfen für Versicherte deutscher und österreichisch-ungarischer Staatsangehörigkeit Beiträge, deren Entrichtung wegen Ablaufs der in den §§ 1442, 1443, 1444 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung vorgeschriebenen Fristen unzulässig sein würde, noch bis zum Schlusse desjenigen Kalenderjahres nachentrichtet werden, das dem Jahre folgt, in dem der Krieg beendet ist.

Für freiwillige Beiträge, die beim Eintritt der Behinderung wirksam nachentrichtet werden konnten, gilt der Absatz 1 nur in dem Umfang, in dem sie zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft (§§ 1280, 1282 der Reichsversicherungsordnung) erforderlich sind.

In demselben Umfang ist die Nachentrichtung freiwilliger Beiträge in den Fällen der vorübergehenden Abfälle auch nach eingetretener Invalidität zulässig.

§ 3. Für Versicherte, die während des gegenwärtigen Krieges in deutschen oder österreichisch-ungarischen Diensten militärische Dienstleistungen verrichten, dürfen Beiträge, die bei dem Beginn der Dienstleistungen noch wirksam nachentrichtet werden konnten, wenn es sich um Pflichtbeiträge handelt, in dem nach § 2 Abs. 1, wenn es sich um freiwillige Beiträge handelt, in dem nach § 2 Abs. 2 und 3 zulässigen Umfang nachentrichtet werden.

§ 4. Die Versicherung nach § 29 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung läuft bei rückständigen Pflichtbeiträgen nicht vor dem Zeitpunkt ab, bis zu dem sie gemäß den §§ 2, 3 nachentrichtet werden dürfen.

§ 5. Die Nachentrichtung freiwilliger Beiträge gemäß § 2 Abs. 2 und 3 und § 3 ist nur in der ersten oder zweiten Lohnklasse zulässig.

Bezüglich der Entrichtung höherer als der gesetzlichen Beiträge für Zeiten versicherungspflichtiger Beschäftigung verbleibt es bei den bestehenden Vorschriften.

§ 6. Beiträge, welche für die nach § 1 anrechnungsfähigen Militärdienstzeiten zur fortgesetzten Selbstversicherung oder zur Weiterversicherung geleistet worden sind, werden dem Versicherten ohne Zinsen erstattet, wenn dies bis zu dem im § 2 Abs. 1 bezeichneten Zeitpunkt beantragt wird. Bei Streitigkeiten gelten die §§ 1459, 1462, 1463 der Reichsversicherungsordnung entsprechend.

Wird auf die Erstattung verzichtet oder die Anwartschaft nicht wahrgenommen, so bleibt § 1 für die durch Beiträge belegten Zeiten außer Anwendung, sofern dies für den Versicherten günstiger ist.

§ 7. Die Vorschrift des § 1420 Satz 2 der Reichsversicherungsordnung steht den Versicherten in den Fällen der §§ 2, 3 nicht entgegen, wenn der Umtausch der Ermittlungslarte bis zu dem im § 2 Abs. 1 angegebenen Zeitpunkt nachgeholt wird.

§ 8. Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. August 1914 in Kraft.

Soweit ihre Vorschriften hiernach anzuwenden sind, bildet ihre Nichtanwendung auch dann einen Revisionsgrund (§ 1697 der Reichsversicherungsordnung), wenn das Oberversicherungsamt sie noch nicht anwenden konnte.

Soweit vor ihrem Inkrafttreten Ansprüche rechtskräftig abgewiesen worden sind, während sie nach Maßgabe der Vorschriften dieser Verordnung begründet sein würden, bildet die Nichtanwendung dieser Vorschriften einen Grund zur Wiederaufnahme des Verfahrens im Sinne der §§ 1729 ff. der Reichsversicherungsordnung.

Aus der Partei.

Zur Stellungnahme des Genossen Kühle.

In der bürgerlichen sowohl wie in der Parteipresse werden aus einem Artikel des Genossen Kühle in der „Virnauer Volkszeitung“. „Zur Spaltung der Fraktion die beiden nachfolgenden Stellen zitiert:

„Das ist ein Ereignis von großer Tragweite für die künftige Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie. Denn wenn auch die Spaltung der Fraktion zunächst noch nicht die Spaltung der Partei ist, so steht für mich und viele andere doch außer Zweifel, daß diese folgen muß, weil sie noch Lage der Dinge unermesslich geworden ist.“

Weiterhin schreibt Kühle:

„Und ich weiß, daß in der Partei viele Tausende mit mir die Spaltung der Fraktion schmerzlich herbeiwünschten, daß sie das nun eingetretene Ereignis als einen verheißungsvollen Aufschwung der Kraft unserer Partei aus tiefer und unwürdiger Ohnmacht begrüßen, ja daß sie die unausbleibliche Spaltung auch der Partei zur Vorbedingung für ihre fernere Verwirklichung als Kämpfer in den Reihen der Sozialdemokratie machen.“

An diese Zitate knüpft sich dann eine Polemik gegen Kühle, bei der auch die Blätter der Minderheit die Kühle'schen Gedanken ablehnen.

So schreibt die „Leipziger Volkszeitung“:

„Wir haben die „Virnauer Volkszeitung“ nicht zur Hand, können daher den Artikel nicht im Zusammenhang prüfen. Die von der „Dresdener Volkszeitung“ zitierten Stellen sind indessen so ungewisshaltig, daß über die Absichten Kühle's kein Zweifel bleibt. Wir bedauern sie und lehnen sie entschieden ab. Die Ablehnung der Kriegskredite und die Erklärung der 20 Abgeordneten haben jedenfalls mit diesen Absichten Kühle's nichts zu schaffen. Solange sich keiner der anderen 19 Abgeordneten ausdrücklich Kühle anschließt, dürfen wir annehmen, daß sie sämtlich seinen Plan auf Parteispaltung entschieden ablehnen und verurteilen. Daß viele andere und viele Tausende in der Partei mit Kühle die Spaltung wünschen, bezweifeln wir sehr; jedenfalls haben die Parteioptionen, die sich für das selbständige Vorgehen der Minderheit ausgesprochen, alles andere als die Absicht, die Partei zu spalten.“

Auch unser Solinger Parteiorgan äußert sich ablehnend; es schreibt:

„Was wir gestern bezüglich des Genossen Regien schrieben, gilt natürlich auch für Kühle. Wir haben den Artikel Kühle's

nicht selbst gelesen, nehmen aber an, daß das Zitat richtig ist. Als Platz, das auf dem Boden der Minderheit steht, wollen wir nur erklären, daß wir diese Auffassung Kühle's als undiskutabel ablehnen.“

Und in demselben ablehnenden Sinne urteilt die „Sterner Bürger-Zeitung“:

„Kühle hat leider recht, wenn er von anderen Genossen — ob es Tausende sind, wissen wir nicht — behauptet, sie sehen nur in der Trennung von der Partei die Möglichkeit, ferner noch Sozialdemokrat bleiben zu können. Wir halten diese Auffassung für eine Ueberbegriffung, die wir wohl begreifen, aber nicht mitmachen können. Für uns ist eine Lösung der bestehenden starken Spannung auch in anderer Weise denkbar als durch eine Spaltung. Wir wünschen sie nicht, sondern bekämpfen jeden, der sie zum Ziel seiner Parteitätigkeit macht. Man sieht, auch hier berühren sich die Extreme von rechts und links.“

Die von der Parteipresse wiedergegebenen Sätze stehen in der Tat, wovon wir uns durch eine nochmalige Lektüre der beiden Kühle'schen Artikel überzeugt haben, in den betreffenden Nummern der „Virnauer Volkszeitung“. Trotzdem glauben wir den Genossen Kühle gegen den Verdacht in Schutz nehmen zu sollen, daß er in der Tat auf eine Spaltung der Partei „hinarbeitet“.

Kühle sieht allerdings in der bloßen Geschlossenheit der Partei nicht das Heil der Bewegung. Schreibt er doch — und zwar gerade zwischen den beiden zitierten Sätzen —: „Ich bin bisher der heftigsten Ansicht gewesen und habe darin auch während des Krieges nicht umgelernt, daß unsere Sieghaftigkeit ihre einzige Garantie besitzt in der Festigkeit und Unverrückbarkeit unserer Prinzipien. Gibt man sie preis, wird alle Einigkeit und Geschlossenheit der Partei zur hohlen äußeren Form, die ebenso wenig zum Siege führt, wie sie vor dem schließlichen Zusammenbruch zu bewahren vermag.“

Kühle's Auffassung und Ansicht ist also nicht, daß die Partei gespalten und auseinandergerissen werden müsse, sondern er vertritt lediglich, wenn auch nicht immer mit geschickten gewählten Worten, die Ansicht, daß das geistige Rückgrat der Partei und das beherrschende Prinzip ihrer ganzen Politik die alten sozialdemokratischen Grundsätze zu sein hätten. Als solches Prinzip fordert er den „unerbittlichen und ununterbrochenen Kampf gegen die Mächte des Kapitalismus“. Er schließt seinen Artikel mit den Worten:

„Will die Mehrheit ebenfalls kämpfen, so ist ihr Platz an der Seite der Minderheit. Bleibt sie Seite an Seite mit den Todfeinden des Proletariats, so wird die Minderheit allein die Kampffront behaupten müssen. Die Massen aber werden dann in ihrer Gesamtheit begreifen, daß der Disziplinbruch der Fraktion nichts anderes war als... die Wiederaufnahme des... der einzig zum Siege des Sozialismus führt.“

Schon seit geraumer Zeit ja bekanntlich von manchen Gewerkschaftsführern und auch anderen Parteigenossen, z. B. Konrad Haenisch, der Wunsch ausgesprochen worden, daß die Vertreter der, wie selbst Kolb bezeugt, den alten Auffassungen und Grundsätzen der Sozialdemokratie anhängenden Genossen aus der Partei ausgeschieden werden. Kühle ist seinerseits der Auffassung, daß die sozialdemokratische Partei eine grundsätzliche Politik zu betreiben habe, ohne Rücksicht darauf, welche Konsequenzen daraus gewisse unerwünschte Anhänger des Umlearnens ziehen könnten.

Wir halten die eine oder die andere Auffassung für überflüssig wie die andere. Selbstverständlich werden alle Mitglieder der sozialdemokratischen Partei bei der späteren Auseinandersetzung innerhalb der Partei bei Festlegung der neuen politischen Grundlinien nur ihrem Gewissen folgen. Aber wir sind zugleich der festen Ueberzeugung, daß die Verhältnisse selbst und der aus dem Massenwillen sich geltend machende Drang so stark sein wird, daß die Gefahr einer Parteispaltung gar nicht in Frage kommen kann.

Wir sind in dieser Beziehung Optimisten, gerade weil wir von der Unverwundlichkeit der alten sozialdemokratischen Grundsätze fest durchdrungen sind. Deshalb hätte auch Genosse Kühle besser getan, wenn er seinen Gedanken eine Form gegeben hätte, die weniger leicht Mißdeutungen Vorwand geleistet hätte.

„Es ist einfach zum Heulen!“

Im „Hamburger Echo“ gibt Genosse Konrad Haenisch in zwei Artikeln seiner Unzufriedenheit mit den augenblicklichen Zuständen innerhalb der Partei Ausdruck. An sich freilich keine besonders aufregende Tatsache; denn unzufrieden mit den Zuständen in der Partei war Haenisch, als er noch in Dortmund und radikalen Prinzipien und großen Worten den Vornstrahl gegen die III Revisionsisten forderte. Unzufrieden ist er, seit er nach dem großen Umlernen im „Hamburger Echo“ mit etwas weniger Prinzipienfestigkeit aber noch in anderen Worten die Schale seines Jornes über die III Revisionsisten ausgießt. Ein neuer Artikel Haenisch's ist also wahrlich kein aufregendes Ereignis. Wie eine gute Henne fast täglich ihr Ei produziert und eines dem anderen ähnelt, so gehen dem guten Haenisch die Artikel ab. Stets dieselben tönenden Worte, der gleiche — na, sagen wir Inhalt.

Diesmal aber ist es anders. Neue Register werden aufgezogen. Dröhnenden Schrittes schreitet der streitbare Held — natürlich nur der Feder — daher. Mit starker Faust packt er das Otterngesicht Opposition, das nur daran schuld sei, wenn wir letzten Endes um alle „weltpolitischen, innerpolitischen und sozialpolitischen Früchte der Politik des 4. August“ kommen. „Es ist einfach zum Heulen!“ ruft Haenisch entsetzt über so böse Frevelthat aus. „Landgraf werde hart!“ ist sein Feldgeschrei. Mit dem Landgrafen meint er die Mehrheit des Parteivorstandes, die ihm im Kampfe mit der Opposition zu weichen will. Sieht es doch nach Haenisch's Meinung so aus, als ob die Steuerleute der Partei die Führung verloren hätten, als ob statt des stolzen Parteschiffes manchmal ein hilfloses Wrack auf den Wellen treibe.

Am schlauesten in dieser Kritik der Parteiverhältnisse durch den Oberlehrer des Umlearnens kommt selbstredend der „Vorwärts“ weg. Das „Zentralorgan der Partei“, wie ihn Haenisch in geistvoller Weise nennt, ist die Wurzel alles Übels. Hat der „Vorwärts“ es doch sogar — aus den unseren Lesern bekannten Gründen — gewagt, die Zukunft aus dem Parteivorstandsbureau nicht zu veröffentlichen. Wir begreifen den Schmerz Haenisch's; behauptet doch die Fama, daß ein ihm sehr gut bekannter Landtagsabgeordneter bei der Geburt des parteioffiziösen Kindes nicht ganz unbeteiligt gewesen sei. Gegen das „sogenannte Zentralorgan“ gibt es nach Haenisch's Meinung nur noch ein Mittel: Der Parteiausich, der in den nächsten Wochen zusammentritt, müsse dem „Vorwärts“ den Charakter als Zentralorgan absprecken. Wenn das auch nicht zu den Kompetenzen des Ausschusses gehöre, so dürfe er sich daran nicht kehren, denn die außerordentliche Lage der Partei erheische außergewöhnliche Mittel. Stolz ob solcher Kühnheit, schließt Haenisch seine Artikel, die freilich noch manches andere enthalten, was zum römischen Wale bereits besser von dem Genossen Lenin geschrieben wurde, mit dem großen Wort: „Im Anfang war die Tat!“ Und will scheinen, es wäre besser gewesen, er hätte mit dem Titel des Schwankes „Immer feste druff!“ geendet.

Verurteilung an den Parteitag.

Gegen den Beschluß der Kontrollkommission über die Beschwerden der alten Sozialdemokratischen Vereine Stuttgart und Göttingen gegen den Parteivorstand haben die Reichsvereinsführer Verurteilung an den nächsten Parteitag eingelegt. Damit ist es sicher, daß sich der nächste Parteitag auch mit dem württembergischen Parteikonflikt beschäftigen wird.

Stadtverordnetenversammlung.

28. Sitzung vom Donnerstag, den 30. Dezember 1915, nachmittags 5 Uhr.

Der neuen Geschäftsordnung der Stadtverordneten hat der Magistrat seine Zustimmung erteilt.

Für die Freilegung des Molander's wird die freihändige Erwerbung des Grundstücks Stralauer Str. 55 beschlossen.

Zum Zwecke der gegenseitigen Unterstützung und Förderung bei der Arbeitsvermittlung und um der jetzigen Unübersichtlichkeit des Arbeitsmarktes zu steuern, haben die Provinz Brandenburg und die Stadt Berlin gemeinsam mit anderen Gemeinden und den wichtigsten Arbeitgeber- und Arbeiterverbänden eine Zentralauskunftsstelle der Arbeitsnachweise für Berlin und die Provinz Brandenburg für die Dauer des Krieges und für die nächste Zeit nach Abschluß des Friedens ins Leben gerufen. Diese Stelle soll insbesondere eine Verbindung über die Lage des Arbeitsmarktes und einen Ausgleich von Angebot und Nachfrage herbeiführen, sowie nach Friedensschluß die Durchführung der Arbeitsvermittlung für die aus dem Felde heimkehrenden Krieger fördern.

Die Beaufsichtigung der Zentralstelle führt ein Beirat, in dem das Oberpräsidium, die Provinz Brandenburg, die Stadt Berlin und der Verband Märkischer Arbeitsnachweise durch je einen Vertreter, die Groß-Berliner Stadtkreise durch zwei, die Stadt- und Landkreise der übrigen Provinz durch drei, die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen durch je vier Vertreter repräsentiert werden, während die besonderen Angelegenheiten der Groß-Berliner Gemeinden durch einen eigenen Ausschuss selbständig behandelt werden sollen.

Der Magistrat ersucht die Versammlung um ihr Einverständnis und um die Bewilligung eines Zuschusses von 3700 M. zu den Kosten. Ueber die Art, wie die Zentralauskunftsstelle ihre Aufgaben erfüllen soll, sind „Richtlinien“ aufgestellt. Außer den schon genannten Korporationen usw. sind an der Begründung der Zentralstelle die Städte Charlottenburg, Neukölln, Köpenick und Lichtenwalde, die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, der Verband der Baugeschäfte Groß-Berlins, die Gewerkschaftskommission für Berlin und Umgegend, der Verband der Deutschen Gewerksvereine und das Kartell der Christlichen Gewerkschaften beteiligt.

Stadtv. Rettig (Linke) beantragt Ausschussberatung. Anstößig nehme man an § 6 der Geschäftsordnung des Beirats. Dieser § 6 (der über die Einlegung des besonderen Ausschusses für die besonderen Groß-Berliner Angelegenheiten durch den Beirat Bestimmung trifft) räume ersichtlichweise den Gemeinden Groß-Berlins ganz bedeutende Rechte ein, hob sie aber durch den letzten Absatz vollständig wieder auf, indem dieser besage: „Der Beirat kann Beschlüsse des Ausschusses beanstanden.“ Wer die Verhältnisse in den Provinzen kenne, wer die Zusammenlegung des Provinzialauschusses studiert habe, werde sich sagen, daß bei Abstimmungen die Vertretung Groß-Berlins im Ausschusse immer in der Minderheit bleiben werde.

Stadtv. Bräuner (Soz.): Wir bitten Sie, der Vorlage vorbehaltlos zuzustimmen. Sie ist das Produkt der Beratungen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen und der beteiligten Behörden; die Beschlüsse sind dort einstimmig gefaßt worden, und gerade diese Einstimmigkeit bürgt auch dafür, daß die Interessen Berlins nicht zu kurz kommen.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wird die Vorlage einem Ausschuss überwiesen.

Dem Zentralverein für Arbeitsnachweise wird zur Bilanzierung seines Etats für 1915, der mit einem Reibbeitrag von 80 820 M. abschließt, eine außerordentliche Beihilfe von 30 820 M. aus städtischen Mitteln bewilligt. 50 000 M. stellt dem Verein die bei ihm eingerichtete Kriegeswerkstätte zur Verfügung.

Für die Berliner Kiefelfeldwirtschaft soll ein Bauengut in Spandorf erworben werden. Der Kaufpreis beträgt 809 853 M.

Für die Kosten der Kartoffelvorrats-Ermittlung vom 21. Dezember 1915 sind 4500 M. vorläufigweise verausgabt worden. Die Versammlung spricht die nachträgliche Bewilligung aus. Der Vorsitzende Kiefel weist in seiner Schlussanrede darauf hin, daß der bisherige Stadtverordnete Dupont (Soz.) nach 15-jähriger Mitgliedschaft wegen Verzugs nach außerhalb aus der Versammlung ausscheidet, und spricht ihm unter allgemeinem Beifall für seine eifrige und erfolgreiche Mitwirkung an den Aufgaben der städtischen Verwaltung den besonderen Dank der Versammlung aus. Schluß 5 1/2 Uhr.

Aus Groß-Berlin.

Beföstigungsgelder für die Heimaturlauber.

Wie wir bereits mitgeteilt haben, hat der Kriegsminister verfügt, daß den Heimaturlaubern in Zukunft Beföstigungsgelder nach § 16 der Kriegesverpflegungsvorschrift gezahlt werden sollen. Diese Maßnahme ist eine recht verständige und ist allseitig freudig begrüßt worden. Soweit die Stadt Berlin in Frage kommt, ist die Einleitung so getroffen, daß Urlauber, die in den Stadtbezirken IB bis VIII B wohnen, das Beföstigungsgeld an der Kasernenverwaltung des 2. Garde-Regts. z. F., Friedrichstr. 107, und diejenigen der Stadtbezirke IX—XIII B an der Kasernenverwaltung des Kaiser-Alexander-Garde-Grenadier-Regts. Nr. 1, Prinz-Friedrich-Karl-Str. 1/3, erhalten. Bisher erhielten die Heimaturlauber in bestimmten Fällen in verschiedenen Unterstützungscommissionen aus dem Sammelfonds eine Unterstützung, in manchen Kommissionen gab es nichts, zumal auch die Mittel knapp waren. Jetzt hat der Berliner Magistratskommissar für Militärangelegenheiten die Steuerlisten angewiesen, an die Urlauber Sonderunterstützungen zu gewähren, da der Kriegsminister die Sache generell geregelt hat. Dabei hatte man es so eilig, zu verfügen, daß allen bereits aufgenommenen und bewilligten Anträgen nicht mehr stattgegeben seien. Das war etwas vorzeitig, da eine große Anzahl Urlauber wieder abgereist sind, aber die Mittel der Familien mit verbraucht haben und Beföstigungsgelder nicht mehr erheben konnten. Es hätte nichts verschlagen, wenn in diesen Fällen noch Hilfe geleistet worden wäre, zumal auch die Herren Bezirksvorsteher durch die magistratische Anordnung in eine sehr mißliche Lage gebracht werden. Es ist an sich sehr gut, wenn schnell gearbeitet wird, im vorliegenden Falle aber war man zu schnell bei der Hand.

Silvester und am Neujahrstag fällt die juristische Sprechstunde aus. Die nächste Sprechstunde findet am Montag, den 3. Januar, von 4—7 Uhr statt.

Als fleischloser Tag für die Gastwirtschaften gilt der heutige Freitag, während der Wurst- und Fleischverkauf durch die Lebensmittelhandlungen und Schlächter gestattet ist. Wie Zeitungen zu berichten wissen, können in Gastwirtschaften nach 12 Uhr Fleischspeisen verabreicht werden, da mit diesem Zeitpunkt der neue Tag anbricht. Allerdings unter der Voraussetzung, daß der betreffenden Gastwirtschaft die Polizeistunde bis 1 Uhr bewilligt ist. Wie im Vorjahre müssen die Gastwirtschaften mit Eintritt der für sie geltenden Polizeistunde schließen.

Schluss der städtischen Bureaus. Heute Freitag, den 31. Dezember, werden sämtliche städtischen Bureaus und Kassen um 1 Uhr geschlossen.

Auf die ärztliche Versorgung der Angehörigen der Kriegsteilnehmer bezieht sich eine Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion der Stadtverordneten, die gestern der Stadtverordnetenversammlung übermittelte worden ist. Danach wird der Magistrat um Auskunft über den Stand der Verhandlungen bezüglich der ärztlichen Versorgung der Angehörigen der Kriegsteilnehmer ersucht.

### Die versiegelte Tür.

Die Sucht mancher Arbeitgeber, wegen der geringsten Vergehen gleich zum letzten Mittel des Hinauswurfs des Angestellten zu greifen, fand gestern vor der 4. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts eine scharfe Zurückweisung. Anlaß dazu gab die Klage der 17jährigen Kontoristin Frida L. gegen das Konfektionshaus Alex. Roth u. Goldschmidt wegen sofortiger Entlassung. Zu den Obliegenheiten der Klägerin, die ein Monatsgehalt von 50 M. bezog, gehörte es, die Kontrolle über die ein- und ausgehenden Personen auszuüben. Erst wenige Wochen bei der Firma in Stellung, passierte ihr bei Wahrnehmung dieser Tätigkeit das Versehen, daß sie einen von der Feuerpolizei vorgeschriebenen Notausgang benutzte und dadurch das Siegel an der Tür löste. Sie erwiderte heftig und meldete unverzüglich bei der Geschäftsleitung, daß das Siegel an der Tür gelöst sei. Das gab dem Inhaber der Beklagten, G., Veranlassung, die schwersten Beschimpfungen und Verwünschungen gegen das gänzlich eingeschüchterte junge Mädchen auszusprechen, und es zum Schluss aus dem Hause zu jagen. Als am nächsten Tage die Mutter ins Geschäft ging, um in ruhiger Weise die Angelegenheit zu schildern, wurde sie vom Inhaber mit Wüsten in den Rücken aus dem Geschäftsthoral gestochen. Vor Gericht verteidigte der Inhaber der Firma sein Vorgehen damit, daß die Klägerin einen Vertrauensposten innehatte und darum besonders achtmal sein mußte. Das besonders Schwere des Vergehens erblickt G. darin, daß Fr. L. nur meldete, das Siegel sei gelöst, und nicht sofort hinzusetzte, daß sie selber es getan habe. Ein solches Vergehen könne nur mit sofortiger Entlassung bestraft werden. Demgegenüber betonte die Klägerin, sie wäre, als sie das zerbrochene Siegel sah, so bestürzt gewesen, daß sie nur die Worte „Das Siegel ist gelöst“ im ersten Moment herausbringen konnte. Als sie wieder zu sich kam, habe sie ohne weiteres die eigene Unachtsamkeit zugegeben.

Das Kaufmannsgericht hielt die sofortige Entlassung der Klägerin nicht für begründet. Diese Auffassung begründete es wie folgt: Wenn man einen Vertrauensposten einem siebzehnjährigen Mädchen einräume und dies Vertrauen mit 50 M. Monatsgehalt entlohne, so müsse man auch damit rechnen, daß dem jungen Mädchen auch mal ein Versehen unterlaufe. Für das Versehen verdiente die Klägerin eine ernsthafte Klage, aber nicht den sofortigen Hinauswurf. Abgesehen vom rechtlichen und rein menschlichen Standpunkte, müsse man auch vom kaufmännischen Standpunkte zu diesem Ergebnis kommen. Wobin sollte es, besonders in der jetzigen schweren Zeit, führen, wenn jeder Prinzipal bei dem kleinsten Versehen gleich mit der ultima ratio kommen und ein junges Mädchen ohne weiteres auf die Straße setzen wollte. Das müsse immer der letzte Befehl bleiben, wenn alle anderen Mittel, wie Verwarnungen usw. versagen. — Der Vorsitzende hob ausdrücklich hervor, daß auch die Prinzipalsbeifiger dieser Auffassung seien.

### Der Vorwurf des „Soldatenkollers“.

Als unentwegte Soldatenfreundinnen zeigten sich gestern die Schwestern Elisabeth und Anna F. vor der 8. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts. Die beiden Mädchen waren als galizische Flüchtlinge nach Berlin gekommen und fanden in einem Wapenhofers Ausschank des Gastwirts Meier Stellung. Bei Verabreichung des Bieres wollte der Inhaber beobachtet haben, daß die Mädchen den im Lokal verkehrenden Soldaten ihre Gunst mehr zuwandten, als dies mit den Geschäftsinteressen sich vereinigen ließ. Bei den Kriegern kam es den Mädchen offenbar mehr auf „Schenken“ als auf „Schänken“ an. Als dem Wirt die Freigebigkeit der Schwestern auf seine Kosten zu toll wurde, machte er seinem Herzen in den Worten Luft: „Ihr habt ja beide den Soldatenkoller.“ Die Verweiskaufnahme ergab, daß hier die Soldatenfreundschaft in der Tat „kein leerer Wahn“ war. Der geldliche Ertrag des Ausschanks war bei den Schwestern rapide zurückgegangen, und ein Stammgast befandete, daß er „bei Anna immer freier gebat habe“. Bei dieser Sachlage billigte das Gericht den beiden Mädchen nur das verdiente Gehalt bis zum Tage in Höhe von 47 M. zu, die der Beklagte sofort zahlte. Die Schwestern erklärten freudig, auch diese Summe sofort in Liebesgaben „für ihre Soldaten“ anlegen zu wollen. So fand der „Soldatenkoller“ schließlich eine glückliche Lösung.

Ein mutmaßlicher Kindesmord beschäftigt die Kriminalpolizei. An der Bierundschütz-Weilerstraße fand man gestern ein Paket aus grauem Packpapier, das mit einem Bindfaden fest verschürt war und die Leiche eines neugeborenen Mädchens enthielt. Ob das Kind eines gewaltigen Todes gestorben ist, ließ sich durch die vorläufige Bestätigung nicht feststellen. Die Leiche wurde deshalb zu genauer Untersuchung beschlagnahmt.

Dem Berliner Aquarium ist von der Fischgroßhandlung Wilhelm Streng in Wollin in Pommern ein gefleckter Hai zum Geschenk gemacht worden. — eine Parabänderung, die bei unserem Flußaal gelegentlich vorkommt. Ferner ist die Süßwasserabteilung aus der gleichen Quelle um einige große Aalnde, sowie um Flußneunaugen und Schlammschnecken bereichert worden. Die Flußneunaugen sind nicht leicht zu entdecken, da sie am Tage gewöhnlich zwischen dem Wurzelwerk ihres Behälters festgefangt, unbeweglich hängen und sich kaum von ihrer Umgebung abheben.

### Aus den Gemeinden.

Anmeldung zur Rekrutierungs-Stammrolle. Diejenigen Charlottenburger Einwohner, die im Jahre 1896 geboren sind, bei der Landsturmumfesterung 1915 aber für untauglich erklärt, auf Reklamation zurückgestellt oder nicht eingezogen worden sind, ferner diejenigen, die dieses Alter bereits überschritten, aber sich noch nicht bei einer Erfahrungsbehörde zur Musterung gestellt, oder noch keine endgültige Entscheidung erhalten haben, müssen sich zur Aufnahme in die Rekrutierungs-Stammrolle in der Zeit vom 2. bis 15. Januar 1916 bei den königl. Polizeileutnants ihres Reviers persönlich melden.

In Spandau müssen sich die oben erwähnten Militärpflichtigen zur Aufnahme in die Stammrolle an den Wochentagen in der Zeit vom 2. bis 15. Januar 1916 im Zimmer 257 des dortigen Rathauses von 8 1/2 Uhr vormittags bis 12 1/2 Uhr nachmittags persönlich melden.

### Verkauf von Reis und Hülsenfrüchten in Neukölln.

Der Magistrat macht bekannt, daß Reis und Hülsenfrüchte noch bei verschiedenen Kleinhändlern zu haben sind und gegen Vorzeigung der Brotkarte der 44. Woche entnommen werden können. Diejenigen Vorräte, welche noch nach dem 5. Januar vorhanden sind, können auch ohne Vorzeigung der Brotkarte an Neuköllner Einwohner verkauft werden. Die festgesetzten Preise: für Bohnen pro Fund 55, für grüne Erbsen 50, für Reis 55, 50 und 40 Pf. dürfen jedoch nicht überschritten werden.

### Städtischer Eierverkauf in Pichtenberg.

Die Stadtgemeinde hat jetzt wieder mit dem Verkauf von Eiern begonnen. Die Eier werden nur an Pichtenberger Einwohner zum Preise von 18 Pf. pro Stück verkauft. Mehr wie 10 Eier werden an eine einzelne Person nicht abgegeben. Der Verkauf findet statt: Freitag, den 31. Dezember, vormittags von 9 Uhr ab auf dem Wochenmarkt an der Soppientraße, und nachmittags von 3 Uhr ab auf dem Wochenmarkt am Viktoriaplatz.

## Soziales.

### Verstoß gegen den Militärsattler tarif.

In Versammlungen der Militärsattler ist öfter darüber geklagt worden, daß die Firma Heinrich Jordan, die eine große Lieferung von Feldflaschenriemen übernommen hat, an Zwischenmeister weitergibt und daß die Arbeiter, welche diese Riemen anfertigen, bedeutend weniger als den Tariflohn bekommen. Um einen Posten dieser Feldflaschenriemen handelte es sich in einer Klage, die am Donnerstag die Kammer 2 des Gewerbegerichts beschäftigte.

Der Kläger, Sattler Ephe, hat solche Riemen für den Zwischenmeister Smith angefertigt und dafür einen Arbeitslohn von 12 Pf., später nur 10 Pf. pro Stück erhalten. Der Kläger fordert vom Beklagten Smith Nachzahlung von 223 M. mit der Begründung, der Tariflohn betrage 18 Pf. pro Stück, außerdem sei ein Kriegszuschlag von 20 Proz. zu zahlen. Der Beklagte führte demgegenüber aus, er selbst habe ja von der Firma Jordan nur 16 Pf. bekommen, dieser Lohn sei ihm dann auf 14 Pf. herabgesetzt worden und deshalb habe er auch den Lohn des Klägers, ohne daß dieser Einspruch dagegen erhoben habe, um 2 Pf. gekürzt. Die Firma Jordan habe ihm gesagt, sie sei für diesen Auftrag nicht an den Tarif gebunden und er, der Beklagte Smith, brauche den Tarif auch nicht zahlen. Er solle mit seinen Arbeitern einen Lohn vereinbaren, wobei er zurechtkomme. — Der Vorsitzende, Justizrat Markuse, hielt dem Beklagten vor, daß bei Militärarbeiten die Tarifhöhe bezahlt werden müsse. Der Beklagte sagte dagegen: Das sei ja neuerdings durch Erlaß des Oberbefehlshabers in den Marken bestimmt, aber dieser Erlaß habe doch keine rückwirkende Kraft. Der Vorsitzende entgegnete: Abgesehen von dem Erlaß des Oberbefehlshabers sind die Militärlieferanten schon durch ihren Lieferungsvertrag mit den Vorkriegsämtern verpflichtet, die von den Vorkriegsämtern vorgeschriebenen Löhne zu zahlen. Im vorliegenden Falle würde diese Verpflichtung wohl der Firma Jordan obliegen.

Dem Rat des Gerichts entsprechend, zog der Kläger die Klage gegen den Zwischenmeister zurück, um sie gegen die Firma Jordan, eventuell bei der Schlichtungskommission zu erheben.

## Aus aller Welt.

Brandkatastrophe in einer sächsischen Fabrik. In Limbach bei Chemnitz vernichtete ein Großfeuer das Hauptgebäude der Fabrik von Hermann Robert Müller, Weiderei und Färberei, die 300 Arbeiter beschäftigte. Mehrere Arbeiter sind bei dem Brand durch Herabspringen schwer verletzt worden.

Ein Orkan über New York. Der „New York Herald“ meldet: Ein Orkan, der eine Stundengeschwindigkeit von 80 Meilen erreichte, wütete über New York und richtete großen Schaden an. Die Telegraphendrähte in der Umgebung wurden abgerissen; die Verbindungen mit dem Westen und Neu-England sind unterbrochen. Acht Personen wurden getötet. In New York ereigneten sich infolge des Sturmes zahlreiche Unfälle.

Typhusdemonien in Mexiko. Schweizer Blättern zufolge melden Mexidische Zeitungen, daß in Mexiko der Typhus furchtbar wüte. 30000 Personen der ärmeren Volksklassen sind bereits gestorben. Es fehlen ausländische Aerzte.

Blitzschlag in eine Kirche. In Birnbaum bei Podgrad in Kroatien schlug während des Frühgottesdienstes ein Blitz in die dortige Pfarrkirche ein. Durch den Blitzschlag wurden 50 Personen betäubt, von denen die meisten Brandwunden erlitten.

Ein langwieriger Prozeß. Die Stadt Szeged hatte gegen die markgräfliche Familie Pallavicini im Jahre 1888 einen Prozeß wegen eines 88 Hektar großen Grundbesitzes in der Gemeinde Taze eingeleitet. Jetzt nach beinahe 28 Jahren wurde der Prozeß in allerleichter Instanz entschieden. Die Stadt Szeged hat den Prozeß verloren.

## Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 417 der preussischen Armee enthält Verlust folgender Truppen:

- Infanterie usw.: Garde; Garde-Gren.-Regimenter Elisabeth und Augusta (beide f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 21); Gren.-Bv. Inf.-Bv. Inf.-Regimenter Nr. 11 bis einschl. 17, 20, 22, 23, 25, 33, 34, 35, 38, 40, 43, 49, 52 (f. Leichte befehlm. Minenwerfer-Abt. der 5. Inf.-Div.), 55 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 16), 57, 61 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 21), 62 bis einschl. 65, 67, 70, 74, 75 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 21), 76, 78, 79, 83, 85, 92, 93, 95, 96, 97, 111 bis einschl. 117, 120, 131, 137, 138, 140, 142, 144, 145, 146, 148 bis einschl. 153, 155 bis einschl. 158, 161, 162 (f. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 21), 166, 167 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 21), 170, 173, 174, 193, 332, 336, 351 (f. Festungs-Maschinengew.-Abt. Nr. 13 (Gouv. Posen). Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 12, 13, 15 bis einschl. 18, 20 bis einschl. 24, 26, 32, 38, 51, 59, 60, 61, 65, 68, 69, 72, 76, 77, 79 bis einschl. 82, 93, 94, 98, 100, 111, 116, 118, 203, 205, 220, 221, 223, 226, 228, 230, 232, 234, 237, 238, 249, 250, 253, 254, 257, 260, 263, 272. Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 4 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 21), 12, 13, 15 bis einschl. 20, 22, 23, 24, 51, 53, 57, 60, 71, 75, 81, 83, 84, 109. Landst.-Inf.-Regimenter Nr. 7, 9, 11, 23. Jäger-Bat. Nr. 3; Ref.-Bataillone Nr. 3 und 4. Ref.-Radfahrer-Komp. Nr. 81; Festungs-Radfahrer-Komp. Neubreisach. Feld-Maschinengewehr-Jäger Nr. 163 (f. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 83), 203 (f. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 75); Festungs-Maschinengew.-Abteilungen Nr. 13 (Gouv. Posen) und Feste Obergebrüder.
- Kavallerie: Husaren Nr. 2; Dragoner Nr. 5 und 18. 1. Landst.-Eskadr. des 1. Armeekorps.
- Feldartillerie: Regimenter Nr. 2, 3, 15, 18, 19, 21, 25, 26, 33, 39, 43, 44, 45, 50, 52, 53, 61, 63, 66, 67, 73, 81, 95, 111; Ref.-Regimenter Nr. 6, 7, 18, 19, 20, 44, 50, 60; Landw.-Reg. Nr. 9.
- Pioniere: I. und III. Garde-Bat. Erf.-Bat. des Garde-Pionier-Bat. Pionier-Versuchs-Komp. Regimenter Nr. 20, 23, 24, 25; Bataillone: I. Nr. 2, II. Nr. 4, I. und II. Nr. 5, I. Nr. 7, I. Nr. 8, I. Nr. 9, I. Nr. 10, I. und II. Nr. 11, I. Nr. 17, I. Nr. 27, I. Nr. 28; Ref.-Bat. Nr. 33; Erf.-Bat. des Pionier-Bat. Nr. 16. Pionier-Komp. Nr. 233; Ref.-Kompagnien Nr. 43, 76, 91; 2. Landw.-Komp. des 3. Armeekorps. Minenwerfer-Kompagnien Nr. 5 (siehe auch Minenwerfer-Komp. Nr. 17 und Leichte befehlm. Minen-

werfer-Abt. der 5. Inf.-Div.), 17, 18, 216, 230; Leichte befehlm. Minenwerfer-Abt. der 5. Inf.-Div. Feldfliegertruppe. Train-Abt. Nr. 7. Armierungs-Bataillone Nr. 17, 24, 28, 33, 37, 39, 41, 43, 65, 84, 88, 99, 110, 120, 123.

Der Schluss der bayerischen Verlustliste Nr. 243 enthält Berichtigungen früherer Verlustlisten. Der Schluss der sächsischen Verlustliste Nr. 240, deren Inhalt gestern mitgeteilt wurde, wird veröffentlicht. Die württembergische Verlustliste Nr. 325 bringt Verluste des Erf.-Inf.-Reg. Nr. 52; Inf.-Regimenter Nr. 120, 121, 124, 126; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 120, 247, 248; Feldart.-Reg. Nr. 65; 2. Ref.-Pionier-Komp.; Art.-Munitions-Kol. Nr. 1; Preis.-Sanitäts-Kol. Heidenheim; Verluste durch Krankheiten; Verzeichnisse Nr. 2 der aus Ausland zurückgeführten Austauschermundeten, zugleich Berichtigungen der betreffenden früheren Verlustlisten; Berichtigungen früherer Verlustlisten.

### Briefkasten der Redaktion.

Silvester und am Neujahrstag fällt die juristische Sprechstunde aus.

- N. G. 100. Die Reklamation ist an das Bezirkskommando 4 zu richten. — Z. 2. 100. An die evangelisch-lutherische Kirchengemeinschaft. — P. 2. G. 1. Höheren Anfragen können wir uns nicht entziehen. Mit sie bei uns eingelaufen, so ist auch Beantragung erfolgt, die Sie vielleicht übersehen haben. Wir würden Ihnen empfehlen, unter Verbringung einer Bescheinigung des Sanitätsrats Dr. J. beim Bezirkskommando die Verletzung von der Militärfürsorge nachzusuchen unter Vorlegung des Sachverhalts. 2. Am Nahrungsmittelunterstützungsamte, Fischerstraße 39-42. Die Unterstufung ist natürlich nicht kostenlos. 3. Mit dieser Frage müssen Sie sich an die Bahndirektion wenden. So lange und nicht näher Mitteilungen in dieser Sache unterbreitet werden, können wir uns unmöglich damit beschäftigen. 4. Am Portal V des Reichstages beim Kassenamt, mehrere Tage zuvor. — Torsow 1884. 1. Die Unterstufung der Wälder der zum Derrdienst eingezogenen Soldaten beträgt einschließlich eines kommunalen Zuschlages von 100 Proz. nur 15 Mark monatlich. 2. Die Gemeinde, in der die Schwiegermutter ihren Wohnsitz hat, zahlt jedenfalls keinen kommunalen Zuschlag zur staatlichen Unterstufung, deshalb beträgt der Unterstützungssatz nur 7,50 M. monatlich (nicht 7 M., wie Sie angaben). — G. B. 100. — A. 2. 777. 1. Sie können jetzt schon Antrag auf Militärinvalidenrente stellen. 2. Da Sie wahrscheinlich nicht zu zwei Dritteln erwerbsunfähig erachtet sind, haben Sie keinen Anspruch auf Invalidenrente. — W. 18. Rein. — A. 2. 3. Sie müssen sich mit einer Eingabe an den preussischen Pensionsminister wenden. — A. P. 1. und 2. Anweisung zu einem solchen Testament erhalten Sie bei uns in der Sprechstunde. 3. Da die Bedürftigkeit in diesem Falle wahrscheinlich verneint wird, erhält die Frau keine Unterstufung. 4. Ja. — W. B. 31. Der Pensionsvertrag ist mit dem 31. Dezember erloschen. Sie kann also an diesem Tage abends gehen. — A. C. 1906. 1. Das kommt auf das Urteil an, aber mit dem 16. Lebensjahr wird jedenfalls die Verpflichtung zur Zahlung für Sie aufgehoben. Sie werden aber noch die rückständigen Rente zu zahlen haben. 2. An 30 Jahren. 3. Mit dem 21. Lebensjahr. — G. B. 1. 1. Rein. 2. und 3. Ja. 4. Ihre Selbstbeschäftigung erhebt uns für Sie vorläufig haltbar. — W. 2. 92. Der Lohn muß Ihnen für die veräußerte Zeit gezahlt werden. Wenden Sie sich doch wegen der eigenmächtigen Handlungswelle des Reiters zunächst an den Chef. — B. A. 43. 1. Sie können wegen Körperverletzung durch den Staatsanwalt angeklagt und verurteilt werden und müssen dann die aus dem Strafverfahren entstehenden Kosten zahlen. 2. Der Tierhalter, also die Frau A., ist zum Schadenersatz verpflichtet. Dieser Schadenersatz muß in einem besonderen Privatklageverfahren geltend gemacht werden. Die Kosten für dieses Verfahren trägt natürlich Frau A. 3. Ja, soweit Wundheilung vorhanden sind. — A. W. 7. Sie halten eine Klage beim Kaufmannsgericht nach wie vor für aussichtslos. — G. 2. 166. Die Rente richtet sich nach der Zahl der geleisteten Marken und nach der Lohnklasse. — G. C. 40. 1. Für die verspätete Zukehlung der Kündigung kann in diesem Falle der Wirt nicht verantwortlich gemacht werden. Wenn der Brief Ihnen am 28. nicht zugestellt werden konnte, da Sie nicht anwesend waren, so ist dennoch die Kündigung zu recht erfolgt. Sie müssen also gehen. 2. Der Erfolg erhebt uns zweifelhaft. Sie können aber immerhin einen Versuch machen. — Sch. 75. 1. und 2. Ja. 3. Rein. — P. G. 23. An den Nachweis des Transportarbeiterverbandes, Angeluhr 11/15. — Verpflichtungen. Wenden Sie sich an die Pensionskommission der betreffenden Zeitung mit der Adresse der letzteren, aber mit der Aufschrift: Pensionskommission. Oder auch an den Verein Arbeiterpresse, zu adressieren an den Vorsitzenden Emanuel Sturm, Berlin W 35, Egelhofer Straße 45/46.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Im östlichen Küstengebiet zeitweise aufklarend, Temperaturen etwas unter dem Gefrierpunkte; in den anderen Gegenden vorherrschend mäßig und vielfach geringe Niederschläge; Temperaturen wenig über Null.

### Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter in Berlin (Zuschußkasse).

Sonntag, den 30. Januar 1916, vormittags 10 Uhr, bei Wille, Sebastianstraße 39:

## Ordentliche General-Versammlung

Tagesordnung:

- 1. Jahresbericht des Kassierers, des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
- 2. Erlasswahl des Vorstandes: 1 Vorsitzenden, 2 Kassierer, 1 Schreiber und 3 Erfahrmänner. Wahl des Aufsichtsrates und der Erfahrmänner. Wahl der Stellvertreter.
- 3. Innere Kassenangelegenheiten.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. — Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Vollzähliges Erscheinen erwartet. Der Vorstand, H. Metzke

Keine Ziehungsverlegung. Unwiderruflich

Ziehung schon 11. und 12. Januar

**Altonaer Lotterie**  
7360 Gewinne (280000 Lose) im Werte von Mark

**125000**  
**50000**  
**15000**

bar ohne Abzug zahlbar

**Altonaer Lose 2 Mark** Porto und Liste 30 Pfg. extra

**A. MOLLING, BERLIN W 9, Lennéstr. 4**

**Leihhaus Moritzplatz 58a**

kaufen Sie von Kavalieren wenig getragene sowie im Versatz gewonnene Jackett- und Rockanzüge, Paletots, Ulster. Serie I: 10-18 M. Serie II: 20-30 M., größtenteils auf Seide. Ferner Gelegenheitskäufe in neuer Maßgarderobe, enorm billig. Riesenposten Kleider, Kostüme, Plüschmäntel, auf Seide, jetzt nur 20-35 M. Große Posten Pelzstols in Skunks, Harder, Nerz, Füchsen, jetzt nur 20-75 M. Große Auswahl in Herren-Gehelpen, Gelegenheitskäufe in Damen-, Reise- und Wagen-Pelzen. Extra-Angebot in Lombard gewonnener Teppiche, Gardinen, Portieren, Betten, Wäsche, Brillanten, Uhren und Goldwaren zu enorm billigen Preisen. Vorwärtsleser erhalten 10% extra.